ISSN: 0014-2727

http://europastimme.eu

63 Jahrgang – 2 Ausgahe Mai 2024

Minderheiten in Europa – Sorben –



(Bildquelle: Wikipedia https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Serbske chorhoje.jpg von User Julian Nyča

Der Schwerpunkt unserer zweiten Ausgabe im Jahr 2024 liegt auf der Minderheit der Sorben in Deutschland. Europa hat eine große Zahl an Minderheiten friedlich vereint und ist zu Recht stolz darauf.

In Artikel 1 des Vertrags über die Europäische Union (EU-V) wird von der "immer engeren Union der Völker Europas" geschrieben und in Artikel 3, EU-V kommt dies schön zum Ausdruck: Die Union "wahrt den Reichtum ihrer kulturellen und

sprachlichen Vielfalt und sorgt für den Schutz und die Entwicklung des kulturellen Erbes Europas".

In Artikel 1–8 des nicht in Kraft getretenen Verfassungsvertrages wurde festgehalten, dass der Leitspruch der Union lautet: "In Vielfalt geeint".

Europas wahrer Reichtum ist die Vielfalt der verschiedenen sprachlichen und kulturellen Gruppen und nicht irgendeine "Leitkultur" oder ähnliche Irrigkeiten. (Red)

Inhalt

	Seite
Minderheiten in Europa – Sorben	1
Impressum	2
Neue Verhandlungen der EU mit der Schweiz (Anton Schäfer)	3
Das kleinste slawische Volk – die Sorben (Maria Untch)	4
DOMOWINA (Božena Šimanec/Schiemann)	9
Die Sicht der Jugend auf die Sorben (Jakob Schäfer)	13
Die Europawahl – Wofür setze ich meine Stimme ein? (Marc Germeshausen)	15
Wer wählt, entscheidet (Othmar Karas)	16
Heinz Stritzl (Christine Hofmeister)	19
Aufarbeitung der COVID-19-Krise in Europa? (Anton Schäfer)	23
"Europäische Asylreform ist kein Durchbruch, sondern eine verpasste Chance" (Volkshilfe)	27
Polen gibt Hoffnung für Europa (Anton Schäfer)	28
"Jugend für Europa – Europa für die Jugend!" (Elisabeth Dittrich)	29
Vereinsnachrichten	34
Europa-Wikipedia	35
7u guter l etzt	36

Beiträge zur Europastimme

Die Redaktion bittet darum, dass Beiträge rechtzeitig eingereicht werden. Wir wollen in jeder Ausgabe eine große Vielfalt an Themen und Sichtweisen bieten und wählen diese entsprechend vorab aus. Das ist jedoch nur bei zeitgerechter Zusendung der Texte möglich. Bitte beachten Sie den Redaktionsschluss, der stets vier Wochen vor dem Ende des Quartals liegt (mit Ausnahme von Sondernummern).

<u>Blattlinie</u>: Die Europastimme ist eine proeuropäische politische – parteipolitisch unabhängige – Zeitschrift, die sich kritisch mit der Entwicklung in Europa, der Europäischen Union zu einem Europäischen Bundesstaat sowie mit den nationalen und regionalen Entwicklungen und Strömungen innerhalb Europas und der Europäischen Union auseinandersetzt.

Zitiervorschlag: Europastimme, Jahrgang, Nummer, Seite.

Impressum, Offenlegung und Kennzeichnung:

Die Europastimme ab dem 60. Jahrgang ist eine Fortführung der Zeitung der Europäischen Föderalistischen Bewegung, der Jungen Europäischen Föderalisten und der EUROPTIMUS-Vereinigung für europäische Bildung, die 2018 eingestellt wurde, wobei lediglich der Name und die grundsätzliche europapolitische Ausrichtung weitergeführt werden. Ab dem 60. Jahrgang ist die Europastimme auch Vereinszeitung der EuropaUnion Vorarlberg. Eigentümer, Verleger und Herausgeber der Europastimme ab dem 60. Jahrgang ist der Edition Europa Verlag. Chefredakteur: Mag. Dr. Anton Schäfer LL. M. Sitz des Verlages und der Redaktion sowie der EuropaUnion Vorarlberg: Forachstraße 74 in 6850 Dornbirn. E-Mail des Verlages: office@Europastimme.eu E-Mail EuropaUnion Vorarlberg: office@EuropaUnion.org Hergestellt und gedruckt in 6850 Dornbirn.

Erscheint mindestens viermal jährlich als Print- und Online-Ausgabe. Web-Adresse der Online-Ausgabe: http://Europastimme.eu Einzelheftpreis inkl. USt: 1,60 Euro. Jahresabonnement inkl. Versand im Inland und USt: 15,00 Euro. Preisänderung auch unterjährig vorbehalten. Abbestellung eines Abonnements ist jeweils zum Jahresende möglich, wenn diese bis spätestens 30.11. schriftlich beim Verlag eingeht. Preise für Abonnement und Versand außerhalb Österreichs auf Anfrage. Erscheinungsort: 6850 Dornbirn. Verlagspostamt: 6850 Dornbirn. Abonnements können durch Einzahlung auf das Konto IBAN AT54 2060 2000 0028 6864 ganz einfach abgeschlossen werden. Die Redaktion behält sich die Kürzung von eingesandten Manuskripten entsprechend des vorhandenen Platzes vor. Der urheberrechtliche Schutz richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen in Europa. Alle Rechte bleiben grundsätzlich vorbehalten. Jeder Teil dieser Zeitschrift darf, soweit die urheberrechtlichen Rechte beim Verlag, bei der Redaktion oder beim Herausgeber liegen, unter der Creative-Commons-Lizenz "Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international" (https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de) verwendet werden. Bilder von Wikipedia Commons stehen unter dieser oder ähnlicher Lizenz (https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode). Bitte beachten Sie: Jede Angabe in dieser Zeitschrift – gedruckt oder online – erfolgt ohne Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit etc. Dies gilt für eigene Beiträge, Fremdbeiträge, Gastbeiträge usw. als auch für zitierte Texte. Die Redaktion steht für eine offene und freie Debatte und Diskussionskultur. Die Meinung eines Autors muss daher nicht die Meinung der Redaktion widerspiegeln. Eine Haftung des Herausgebers, des Verlags, der Redaktion oder der Autoren wird daher gänzlich ausgeschlossen. Bei sämtlichen personenbezogenen Angaben gilt die gewählte Form für alle Geschlechter. Autoren räumen dem Verlag die von Literar-Mechana wahrgenommenen Vergütungsa

ISSN: 0014-2727 (Print) und ISSN: 2791-402X (Online). ZDB-ID: 519113-0 (aktuell)/2187204-1 (1960 bis 2018)



Aktuelles



Neue Verhandlungen der EU mit der Schweiz

(Anton Schäfer)

Die Europäische Kommission hat 2023 eine Empfehlung angenommen, laut der der Rat einen Beschluss zur Genehmigung von Aufnahmegesprächen mit der Schweiz fassen und ein Verhandlungsmandat vorschlagen soll.

Dies ist dringend notwendig, insbesondere für die Schweiz und deren Anrainerstaaten.

Das Verhandlungsmandat der EU umfasst unter anderem

- die Aufnahme institutioneller Elemente in künftige und bestehende Abkommen, um die Beteiligung der Schweiz am EU-Binnenmarkt zu verbessern,
- die Assoziierung der Schweiz an EU-Programme, einschließlich Horizon Europe, Kohäsionsbeiträge und
- die Themen Personenfreizügigkeit bzw. Entsendungen.

Gerade für die Anrainerstaaten der Schweiz ist ein möglichst barrierefreier, künftiger Zugang zum Schweizer Markt von großer Bedeutung. Hier muss sich die Schweiz noch ordentlich bewegen, denn die bisherigen administrativen Hürden wurden von Unternehmen teilweise als schikanös wahrgenommen.

Der Bundesrat in der Schweiz hat im März 2024 das endgültige Mandat für die Verhandlung mit der EU verabschiedet, nachdem zuvor die Stellungnahmen und Wünsche der Sozialpartner eingegangen sind.¹

Es ist jedenfalls jetzt schon klar, dass es kein "Rosinenpicken" für die Schweiz geben wird. Es ist verständlich, dass die Schweiz einen maßgeschneiderten Zugang zum EU-Binnenmarkt haben will, dies kann jedoch nur mit einer

Öffnung des Innerschweizer Marktes einhergehen.

Bis die Aktualisierung der fünf bisherigen und die Ausgestaltung der zwei neuen Binnenmarktabkommen finalisiert ist, wird es noch spannende Diskussionen geben.

Und das Vereinigte Königreich?

Es ist zu wünschen- die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt -, dass auch im Vereinigten Königreich irgendwann - möglichst bald am Besten - auch wieder Kräfte an die politischen Ruder gelangen, die bereit sind, die nationalen Egoismen zugunsten der europäischen Solidarität aufzugeben.

Die Zeiten der Sonderstellung des Vereinigten Königreichs als Weltmacht etc. ist schon lange vorbei und eine Insel der Seligen war Großbritannien nie.

Zusammen wären Europa und das Vereinigte Königreich stärker und erfolgreicher.

Europa und das Vereinigte Königreich haben die letzten 50 Jahre mehr als genug durch die Entsolidarisierung und durch die neoliberale Wirtschaftsillusionen verloren.

Während die soziale Marktwirtschaft – die im EWG-Vertrag noch deutliche Spuren hatte – Europa Wohlstand und Frieden brachte, ist das Modell des Neoliberalismus nur auf Ausgrenzung und Egoismus ausgerichtet und sieht dies auch noch als Vorteil an.

Es ist dringend notwendig darüber zu reflektieren, gründlich nachzudenken und diesbezüglich zu handeln.

Denn der "Markt" kann und will nicht alles regeln und eine "unsichtbare Hand", die dafür sorgt, dass in der Europäischen Union alles ohne Einfluss der Administration abläuft, gibt es leider nicht.

der Europäischen Union (EU) in Anwesenheit der Chefunterhändler beider Seiten offiziell eröffnet.

Die Bundespräsidentin der Schweiz, Viola Amherd, und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen haben am 18. März 2024, die Verhandlungen zwischen der Schweiz und



Das kleinste slawische Volk – die Sorben

(Maria Untch, Stiftung für das sorbische Volk)

Die Lausitzer Sorben sind eine der vier staatlich anerkannten autochthonen Minderheiten in Deutschland. Die angestammte Heimat der heute rund 60.000 Sorben ist die Oberlausitz im östlichen Teil des Freistaates Sachsen und die Niederlausitz im Südosten Brandenburgs. Darüber hinaus leben viele, vor allem jüngere Sorben verstreut in anderen deutschen Bundesländern. Als westslawisches Volk sind die Sorben Nachfahren elbslawischer Stämme, die am Ende der Völkerwanderung die nahezu entvölkerten Gebiete nördlich des Lausitzer Gebirges, des Erzgebirges und des Fichtelgebirges ab dem 6./7. Jahrhundert friedlich besiedelten.



Sorbs %28Sorben%29.png?uselang=de User Kirnehkrib

Im 10. Jahrhundert unterlagen die Sorben den deutschen Feudalmächten und verloren somit auch ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Mit der Gründung des Bistums Meißen im Jahr 968 begann die Christianisierung der Sorben in der Lausitz.

Ab dem 13. Jahrhundert wanderten deutsche Bauern und Handwerker aus Franken, Hessen, Bayern, Thüringen und Flandern ins Sorbenland ein.

Die slawischen Ureinwohner mussten bald Nachteile in Kauf nehmen, wurden ausgegrenzt, verdrängt, mit Sprachverboten belegt und durften in vielen Städten aufgrund sogenannter "Wendenparagrafen" nicht Handwerkerzünften beitreten. Dieser **Prozess** beschleunigte die frühe Assimilation der Sorben. Dennoch konnten sich die Sorben in der Lausitz ihre Sprache und Kultur bis heute erhalten.

Im Gegensatz zu den Dänen in Schleswig haben die Sorben kein Mutterland. Sie sind seit jeher in Deutschland ansässig und nunmehr Bürger der Bundesrepublik. Sie bilden heute auch in ihrer angestammten Heimat eine zahlenmäßige Minderheit. Zweisprachige Orts- und Straßennamen, Hinweisschilder und andere Bezeichnungen sind äußerliche Kennzeichen des sorbischen Siedlungsgebiets. Hier wird außer Deutsch eine weitere Sprache gesprochen: das Sorbische, das zugleich die zweite Amtssprache

Die Sorben nach der Wende

Die Rechte der Sorben in der Bundesrepublik Deutschland wurden erstmals mit einer Protokollnotiz zum Artikel 35 des Vertrags über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31. August 1990 anerkannt. Bis zur politischen Wende galt das Gesetz zur Wahrung der Rechte der sorbischen Bevölkerung, das am 23. März 1948 vom damaligen Sächsischen Landtag beschlossen worden war. In Brandenburg trat 1994 das Gesetz zur Ausgestaltung der Rechte der Sorben (Wenden) im Land Brandenburg in Kraft; der Sächsische Landtag verabschiedete 1999 das Gesetz über die Rechte der Sorben im Freistaat Sachsen.



https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Loca-Bildauelle: tion_LUS2.svg von User NordNordWest

Darin heißt es u. a., dass die sorbische Hymne im sorbischen Siedlungsgebiet gleichberechtigt verwendet werden kann und dass "insbesondere an öffentlichen Gebäuden, Einrichtungen, Straßen, Wegen, öffentlichen Plätzen und Brücken ... im sorbischen Siedlungsgebiet die Beschriftung in deutscher und sorbischer Sprache" erfolgen soll.

Des Weiteren ist in Angelegenheiten, die die Rechte der sorbischen/wendischen Bevölkerung berühren, der Rat für sorbische Angelegenheiten im Freistaat Sachsen bzw. der Rat für Angelegenheiten der Sorben/Wenden im Land Brandenburg vom jeweiligen Landtag zu hören.



Bildauelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:William Krause - Wendisches Mädchen (1912).jpg von William Krause (1875-1925)

Die Zugehörigkeit der Sorben zu den schutzund förderungswürdigen nationalen Minderheiten Deutschlands ist seit 1998 im Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten verankert. Obersorbisch und Niedersorbisch werden als Minderheitensprachen gesetzlich anerkannt, geschützt und gefördert.

Dies enthält die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen, deren Ausführungsbestimmungen in Deutschland seit 1999 gelten. Bislang ist es jedoch nicht gelungen, im Grundgesetz den Schutz und die Förde-Minderheiten rung nationaler

gesamtstaatliche Aufgabe der Bundesrepublik festzuschreiben.

In der sächsischen Oberlausitz leben – ihrer Herkunft nach – rund 40.000 Obersorben. Sie sind vorwiegend in den Dörfern nördlich und östlich der Kreisstadt Bautzen sowie nördlich und östlich von Kamenz und in den Orten um Hoyerswerda und Weißwasser zu Hause.



Bildquelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Budyšin měšćanska tafla (2021).jpg von User Julian Nyča

Bautzen/Budyšin ist seit Jahrhunderten kultureller Mittelpunkt der Obersorben.

Die rund 20.000 Niedersorben im Südosten Brandenburgs sind in etwa 50 Dörfern des Landkreises Spree-Neiße, in weiteren Orten der Kreise Oberspreewald-Lausitz und Dahme-Spreewald sowie in der kreisfreien Stadt Cottbus/Chóśebuz zu Hause. Cottbus/Chóśebuz ist ihr heutiges kulturelles Zentrum.

Ein sehr großer Teil der deutschsprachigen Bevölkerung im Gebiet südlich von Berlin ist sorbischer/wendischer Herkunft, heute jedoch sprachlich assimiliert und weiß nur wenig über seine slawischen Vorfahren.

Die niedersorbische Sprache ist trotz einiger Bemühungen um Revitalisierung immer noch akut vom Aussterben bedroht. Die Trachten sind aus dem Alltagsbild verschwunden, werden aber zu bestimmten Anlässen noch getragen. Das sorbische Siedlungsgebiet ist im Gesetz über die Rechte der Sorben im Freistaat Sachsen (Sächsisches Sorbengesetz) vom 31. März 1999, zuletzt geändert 2012, sowie im Gesetz zur Ausgestaltung der Rechte der Sorben (Wenden) im Land Brandenburg vom 7. Juli 1994 festgelegt.

Am 19. Oktober 1991 wurde in Lohsa bei Hoyerswerda die Stiftung für das sorbische Volk (Załožba za serbski lud) als eine von der Bun-

desrepublik Deutschland, dem Freistaat Sachsen und dem Land Brandenburg getragene nicht rechtsfähige Stiftung öffentlichen Rechts mit Sitz in Bautzen errichtet. Am Gründungsakt nahmen die damalige Bundesministerin Angela Merkel und die Ministerpräsidenten von Sachsen und Brandenburg, Kurt Biedenkopf und Manfred Stolpe, teil.

Ihre rechtliche Selbstständigkeit erlangte die Stiftung mit Unterzeichnung eines Staatsvertrags zwischen dem Land Brandenburg und dem Freistaat Sachsen am 28. August 1998 in Schleife.



Bildquelle: Domowina/Jörg Stephan

XIV. Internationales Folklorefestival "Łužica/Łużyca/Lausitz", Auftritt der Schmerlitzer Volkstanzgruppe e. V. in Chrósćicy/Crostwitz, 2023

Stiftungszweck ist insbesondere die Pflege und Förderung sorbischer Sprache und Kultur als Ausdruck nationalen Bewusstseins der sorbischen Minderheit. Institutionell gefördert werden kulturelle, künstlerische und wissenschaftliche Einrichtungen, die sich als Identifikationszentren seit Jahrzehnten bewährt haben.

Dazu zählen das Deutsch-Sorbische Volkstheater Bautzen als einzige zweisprachige Berufsbühne Deutschlands, das Sorbische National-Ensemble mit seinen Sparten Chor, Ballett, Orchester, Solistenensemble und Nachwuchsstudio, der Domowina-Verlag als führender Herausgeber von sorbischen Büchern, Zeitungen und Zeitschriften, das außeruniversitäre Sorbische Institut mit Arbeitsstellen in Bautzen und Cottbus sowie die beiden Museen in Bautzen und Cottbus mit ihren umfangreichen Sammlungen zur Geschichte und Volkskunde der Sorben und die Domowina e. V. Die Stiftung fördert auch zahlreiche freie Projekte sorbischer Vereine und Vereinigungen sowie unterschiedliche Vorhaben von Kommunen, Schulen, Museen oder Heimatstuben.

Im wechselnden Zweijahresrhythmus veranstaltet sie sorbische Kindertheatertage und einen Wettbewerb sorbischer Literatur für junge Nachwuchsautoren, ermöglicht die Herausgabe von Notenmaterial, Filmen, Computerspielen, Tonträgern und neuen Medien und fördert mit Konzerten und Ausschreibungen neue, experimentelle sorbische Musik und visuelle Kunst. Jungen Wissenschaftlern aus dem osteuropäischen Ausland zahlt sie Semesterstipendien für das Studium der Sorabistik an der Universität Leipzig aus und seit 2008 vergibt sie Leistungsstipendien an Studierende der Fachrichtungen Sorabistik und Lehramt Sorbisch.

JROPASTIMME

Die Finanzierung der Stiftung ist in sogenannten Finanzierungsabkommen festgeschrieben. Das Vierte, zurzeit gültige, Abkommen wurde am 20. Juli 2021 unterzeichnet und gilt bis einschließlich 2025.

Darin festgeschrieben ist eine Zuwendung in Höhe von jährlich 23,9 Mio. Euro. Darüber hinaus erhält die Stiftung bei besonderem Bedarf zusätzliche finanzielle Mittel für notwendige Investitionen und Baumaßnahmen sowie für Sonderprojekte im Rahmen des Strukturwandels.1

Serbski Sejm – sorbische/wendische Volksver-

Seit mehreren Jahren bemüht sich eine länderübergreifende Gruppe sorbisch- und deutschsprachiger Sorben/Wenden nebst Sympathisanten um eine durch demokratische Wahlen legitimierte Volksvertretung der Sorben/Wenden in Form eines Parlaments bzw. einer Körperschaft öffentlichen Rechts. Ein erster Wahlakt fand im Herbst 2018 statt. Dabei wurden 24 Vertreter/-innen aus der Ober- und Niederlausitz gewählt. Die konstituierende Sitzung des "Serbski Sejm", dessen vorrangige Aufgabe die Bildungs- und Kulturautonomie des sorbischen/wendischen Minderheit sein soll, fand am 17. November 2018 in Schleife/Slepo statt.



Bildquelle: Domowina/Božena Schiemann, Johannisreiten in Casel, 2023

Wer ist Sorbin oder Sorbe?

"Zum sorbischen Volk gehört heute, wer sich zu ihm bekennt. Das Bekenntnis ist frei. Es darf weder bestritten noch nachgeprüft werden. Aus diesem Bekenntnis dürfen keine Nachteile erwachsen" (§ 1 des Sächsischen Sorbengesetzes). Es ist eine persönliche Entscheidung, sich als Sorbe zu fühlen oder zu bekennen. Statistiken werden dazu nicht geführt.

Die Entscheidung über die Zugehörigkeit zur sorbischen Minderheit wird von ethnischen Komponenten wie Herkunft oder Muttersprache, aber auch von der Integration in das sorbische Gemeinschaftsleben (Sprache, Kultur, Schule, Medien usw.) beeinflusst.

Die Inanspruchnahme der Minderheitenrechte ist nicht an das Bekenntnis gebunden. Jeder Bürger kann sein Kind in einer Vorschuleinrichtung oder einer Schule zum Unterricht in der sorbischen Sprache anmelden, sich an sorbischen kulturellen Aktivitäten beteiligen und die sorbische Sprache im Umgang mit Behörden anwenden.

So steht es im Sorbengesetz des Freistaates Sachsen und ähnlich ist es auch in Brandenburg.

Die sorbischen Sprachen heute

Heutzutage ist Sorbisch eine moderne europäische Sprache, die über zahlreiche sprachwissenschaftliche Werke wie Wörterbücher, Grammatiken und terminologische Verzeichnisse verfügt, auch in digitalisierter Form. Das überarbeitete Obersorbisch-deutsche Wörterbuch von Paul Völkel (1931-1997) umfasst rund 55.000 Stichwörter, das Niedersorbischdeutsche Wörterbuch von Manfred Starosta (*1941) etwa 45.000 Wörter.

Die niedersorbische Sprache ist zudem in einem der modernsten Wörterbücher für Minderheitensprachen, dem Deutsch-Niedersorbischen Online-Wörterbuch (DNW) zugänglich. Es umfasst derzeit 82.000 Artikel und wird ständig aktualisiert.



Titelblatt des Neuen Testaments, nach der Lutherbibel. Ins Sorbische übersetzt von Michael Frenzel (Bautzen 1727) Bildquelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Novum testamentum (Serbski).jpg von User Decius

¹ Nähere Informationen unter <u>www.stiftung.sorben.com</u>

Die Sprache ist der wichtigste Bestandteil der sorbischen nationalen Identität und wird daher vorrangig gefördert. Täglich gesprochen wird sie meist nur noch in Familien im sorbisch-katholischen Gebiet der Oberlausitz.

Aber auch in der Niederlausitz werden vielfältige Initiativen unternommen, um den Gebrauch der Sprache zu fördern.

Im April 2012 beschloss das sächsische Kabinett einen Maßnahmenplan der Sächsischen Staatsregierung zur Ermutigung und zur Belebung des Gebrauchs der sorbischen Sprache. Im Rahmen des Strukturwandels der

Oberlausitz, erhalten auch die Sorben zusätzliche Mittel zur Förderung der sorbischen Sprache

Durch die wachsende Bedeutung des Internets als modernes Mittel der Kommunikation ist es wichtig, die sorbische Sprache in den neuen Medien präsenter zu machen. Dazu wurden nicht nur Online-Wörterbücher¹ entwickelt, sondern auch elektronische Lesebücher, digitale Lehrbücher² oder Apps.

Zudem ist es digital möglich, beide sorbischen Sprachen bis B1 Niveau im Selbststudium zu erlernen.³ Dies soll vor allem der jungen Generation einen zeitgemäßen und praktikablen Umgang mit der Sprache ermöglichen.



Bildquelle: Domowina/Božena Schiemann

2. Fachkonferenz des Sorbischen Schulvereins e. V. mit der Domowina "Dyrbimy rěčeć – Wir müssen reden", 2023 in Budyšin/Bautzen

¹ https://www.soblexx.de

² https://krokpokroku.sorbischlernen.de

DOMOWINA

Zwjazk Łužiskich Serbow z. t./Zwězk łužyskych Serbow z. t./Bund Lausitzer Sorben e. V. (Božena Šimanec/Schiemann, Pressesprecherin der DOMOWINA)

60 Delegierte aus 31 sorbischen Vereinen mit insgesamt 2.890 Mitgliedern gründeten am 13. Oktober 1912 in Hoyerswerda die Domowina als "Dachverband wendischer Vereine und Verbände". Der Name ist der sorbisch-poetische Ausdruck für *Heimat*.

Die Domowina war und ist die demokratische Vertreterin der nationalen Interessen der sorbischen Minderheit gegenüber dem Staat und der deutschen Öffentlichkeit. In den Jahren der Weimarer Republik veranstaltete sie regelmäßig regionale Kulturtreffen mit mehreren Tausend Teilnehmern. 1933/34 reorganisierte sie sich nach dem Prinzip von Einzelmitgliedschaft in den Ortsgruppen. Wegen ihres Widerstands gegen die Germanisierungs- und Gleichschaltungspolitik der Nationalsozialisten, die die Sorben zu "Wendisch sprechenden Deutschen" erklären wollten, verbot das Dritte Reich am 18. März 1937 die Tätigkeit der Domowina und weiterer sorbischer Vereine. Ihr Besitz, darunter das Bautzener Wendische Haus, wurde offiziell beschlagnahmt. Dennoch arbeitete sie illegal weiter.



Bildquelle: Domowina/Jurij Helgest, Domowina-Hauptversammlung 2022 in Choćebuz/Cottbus

Zwei Tage nach Kriegsende, am 10. Mai 1945, wurde in Crostwitz bei Kamenz die Domowina neu gegründet. Eine Woche später genehmigte die Sowjetische Militäradministration ihr Wirken als antifaschistisch-demokratischer Bund Lausitzer Sorben. Anders in der Niederlausitz: Hier wurde die Arbeit der erst am 8. September 1946 in Werben gegründeten Domowina zunächst weiterhin unterdrückt und erst 1949

offiziell genehmigt. In den Nachkriegsjahren gelang es der Organisation, einen großen Teil der sorbischen Bevölkerung, besonders die sorbische Jugend, für den Wiederaufbau der Wirtschaft und die Pflege der sorbischen Sprache und Kultur zu begeistern. Auf ihrem außerordentlichen Bundeskongress am 17. März 1990 erklärte sich die Domowina zur unabhängigen nationalen Organisation und Interessens-

vertreterin des sorbischen Volkes. Als eingetragener Verein ist die DOMOWINA – Zwjazk Łužiskich Serbow z. t./Zwězk łužyskych Serbow z. t./Bund Lausitzer Sorben e. V. seit 1991 anerkannter Dachverband der sorbischen Vereine und Verbände. Sie ist Sprecherin der Interessen der sorbischen/wendischen Minderheit.

Der Dachverband vereinigt 200 Gruppen und lokale Vereinigungen, regionale Verbände und überregionale Vereine mit ca. 7.500 Mitgliedern und nicht zuletzt Einzelpersonen in einem starken Netz der sorbischen Zivilgesellschaft. Die Mitgliedschaft der Domowina wächst, der Beitritt von Jugendclubs ist Ausdruck der Attraktivität der Organisation.



Symbol der Domowina: auf rotem Untergrund drei silberne Lindenblätter, die aus einem Baumstamm mit acht Wurzeln erwachsen https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Domowina_Symbol.svg von (1901–1990)

Die Domowina ist eine basisdemokratisch organisierte Interessenvertretung aller, die sich für die sorbische Sprache und Kultur begeistern und im Alltag engagieren. Der Bund Lausitzer Sorbinnen und Sorben wirkt im Zusammenschluss mit sorbischen Vereinen, Verbänden und assoziierten Mitgliedsvereinen sowie weiteren Partnerinnen und Partnern als internationale Plattform der sorbischen Community weltweit.

Höchstes Organ der Domowina ist die Hauptversammlung, die alle zwei Jahre tagt. Seit 2011 steht David Statnik als Vorsitzender an der Spitze der Domowina. Sie spricht und arbeitet für das sorbische Alleinstellungsmerkmal der Lausitz, für die Gleichwertigkeit der

einheimischen Sprachen und Kulturen in Europa, für gleiche Rechte aller kleinen und großen Völker auf der Welt. Die Domowina ist eine politisch und weltanschaulich konsequent unabhängige Stimme für Menschen verschiedener Herkunft, die sich eine gemeinsame Heimat schaffen wollen. Natürlich liegen ihr besonders Fortbestand und Weiterentwicklung der sorbischen Minderheit im Zeitalter der Digitalisierung und des grenzenlosen Austausches der Menschheit am Herzen. Sie will dazu beitragen, dass auch künftige Generationen ihre Freude am Sorbischen in Frieden und Wohlergehen pflegen können.

Heute bestehen fünf Regionalverbände: "Jan Arnošt Smoler" Bautzen, "Michał Hórnik" Kamenz (Sitz Crostwitz), "Handrij Zejler" Hoyerswerda, "Jakub Lorenc-Zalěski" (Sitz Schleife), Niederlausitz (Sitz Cottbus). Eine Anzahl spezifischer Vereine ist überregional tätig. Auch im Ausland gibt es assoziierte Mitgliedsvereine, z. B. in Tschechien, Polen, in den USA oder in Australien. Seit 1990 ist die Domowina eines der aktivsten Mitglieder der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV).

Politische Themen

Die Domowina vertritt die Interessen des sorbischen Volkes. Sie setzt sich ein für die Erweiterung der Mit- und Selbstbestimmungsrechte und -pflichten insbesondere in sorbischen politischen, kulturellen und schulischen Angelegenheiten.

Die Domowina verhandelt mit allen demokratischen Akteuren auf kommunaler, Landes-, Bundes- sowie europäischer Ebene. Der Dachverband der Sorben pflegt internationale politische Kontakte zu anderen Minderheiten und Völkern.

Gesetzliche Grundlagen

Auf Grundlage der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen werden in Deutschland die Sprachen der vier nationalen Minderheiten (Dänisch, Nord- und Saterfriesisch, Ober- und Niedersorbisch sowie das Romanes der Sinti und Roma) geschützt. Auch die Regionalsprache Niederdeutsch (Plattdeutsch) ist durch die Charta geschützt.

Das Bekenntnis zu einer Minderheit/Volksgruppe ist in Deutschland frei. Zahlenangaben beruhen nur auf Schätzungen. Dies liegt zum

einen an der Verfolgung von Minderheiten während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und zum anderen aufgrund völkerrechtlicher Bedenken. Das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten legt fest, dass die Zugehörigkeit zu einer Minderheit die persönliche Entscheidung eines jeden Einzelnen ist, die von Staats wegen nicht registriert, überprüft oder bestritten wird.

Das sorbische Volk ist geschützt zum einen durch eine Protokollnotiz zum Einigungsvertrag, außerdem durch die Gesetze des Landes Brandenburg und des Freistaates Sachsen. Als Interessensvertretung der vier nationalen Minderheiten gegenüber Bundestag und Bundesregierung hat sich der Minderheitenrat mit Minderheitensekretariat angeschlossenem etabliert, in dem die jeweiligen Verbände der repräsentiert Minderheiten sind der Sydslesvigsk Forening, die Domowina, der Friesenrat und der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma).



Der Lyriker Handrij Zejler gilt als Begründer der modernen sorbischen Literatur

Bildquelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Zejler01.jpg von User Dundak

Förderung sorbischer Sprache

Neben politischem Engagement steht die Förderung und der Erhalt der sorbischen Sprache im Fokus der Domowina-Tätigkeit. Auf einen Beschluss der Hauptversammlung wurde 2001 das WITAJ-Sprachzentrum als eine eigenständige Abteilung der Domowina angeschlossen. Seinen Sitz hat es in Bautzen und Cottbus. Seine Aufgabe ist es, die intensive Vermittlung der sorbischen Sprache in Kindergarten und Schule durch Projekte und Lehrmittel zu unterstützen.

Für den Erwerb des Sorbischen als Zweitsprache herrschen in der Lausitz ideale Bedingungen. Es ist eine in der Region tief verankerte Sprache. In der zweisprachigen Oberlausitz können Kinder bereits im Kindergarten, zum Teil sogar schon in der Krippe Sorbisch lernen – und zwar betreut von Muttersprachlern, gemeinsam mit sorbischen Kindern in einer Gruppe. Es müssen also keine zusätzlichen Kurse besucht werden, und es gibt keine organisatorischen Herausforderungen für die Eltern. Dabei wird eine Methode, nach der die Kinder in Kindertagesstätten Sorbisch lernen, von Wissenschaftlern weltweit als die effektivste betrachtet: die Immersion.

Bei den Sorben hat man die Immersionsmethode "Witaj" (dt. willkommen) genannt. 1998 gründete der Sorbische Schulverein e. V. in seiner Kindertagesstätte in Choćebus/Cottbus-Sielow die erste Witaj-Gruppe. In Sachsen sind es heute 30 Kindertagesstätten in verschiedenen Trägerschaften, die komplett oder in einzelnen Gruppen immersiv arbeiten. So erleben mehr als 1.200 Kinder in Krippe und Kindergarten täglich die obersorbische Sprache in Spiel, Gespräch und Gesang. Die Kinder der ersten Witaj-Gruppen haben bereits das Gymnasium verlassen. Sie verkörpern für die Sorben die Hoffnung, dass ihre Sprache und Kultur nicht verschwindet, sondern sich weiterentwickelt und noch in vielen Generationen quicklebendig sein wird.

Das WITAJ-Sprachzentrum hat selbst keine Kindertagesstätten in eigener Trägerschaft. Es unterstützt jedoch die sorbischsprachige Bildung und Erziehung in solchen Bildungseinrichtungen auf dreierlei Art: mit didaktischen Materialien, Sprachangeboten und wissenschaftlicher Arbeit. Auch pädagogischen Fachkräften und Auszubildenden stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Rat und Tat zur Seite.

Revitalisierung der sorbischen Sprache – zwei Beispiele

Das Projekt ZARI möchte ein "Netzwerk für regionale Identität und sorbische Sprache" aufund ausbauen. Mit dem Projekt soll erreicht werden, dass es in der gesamten Lausitz wieder selbstverständlich sein wird, Sorbisch zu sprechen.

Derzeit haben fünf Sprachmotivatorinnen und Sprachmotivatoren verschiedene Regionen im Fokus. Sie haben die Aufgabe, sorbische Projekte durchzuführen und ein Netzwerk Sorbisch-Sprechender bzw. potenzieller Sprecher aufzubauen. Eine weitere Aufgabe der Sprachmotivatoren ist es, für die sorbische Sprache zu sensibilisieren und zu deren Erlernen zu motivieren.

Außerdem möchte ZARI neben dem Ausbau von Sprachkursen in den Regionen vor allem intensivere Lehrangebote und innovative Lernmaterialien entwickeln. Das Projekt wird von zwei Wissenschaftlerinnen begleitet.

Auch die Kultur spielt eine große Rolle im Projekt ZARI. Treffpunkte, Vereine oder Veranstaltungen in der Region bieten Interessenten die Möglichkeit, miteinander in Kontakt zu kommen und Sorbisch zu sprechen. Viele dieser Angebote werden ehrenamtlich organisiert. Wer dabei was tut, ist Außenstehenden oft unbekannt. Deshalb möchte das Projekt ZARI ein Netzwerk für sorbische Volkskultur, Kunst und sorbisches Vereinsengagement aufbauen.

Eine wichtige Rolle werden dabei Kulturvermittler spielen. Sie sollen die Verbindung zwischen Laien und Profis sein und vor Ort unterstützen. Kulturvermittler sollen in folgenden Bereichen fachlich ausgerichtet arbeiten: Museen, Heimatstuben, Musik, Tanz, Literatur, Theater, Film, Volkskunst und bildender Kunst, Tracht und Sport.

ZARI die sorbische Sprache in Zukunft erhalten und revitalisieren. 100.000 Sprechende im Jahr 2100 zu erreichen, ist daher das langfristige Ziel, dem sich Schritt für Schritt genähert werden soll.

Mit diesen Instrumenten möchte das Projekt

Das Projekt ZARI ist in Trägerschaft der Domowina und wird von 2022 bis 2038 durchgeführt. Das Unterfangen wird im Rahmen des Programms "Sorbische Sprache und Kultur im Strukturwandel" für Projekte im Freistaat Sachsen gefördert, durch die Stiftung für das sorbische Volk aus Mitteln des Bundesministeriums für Inneres und Heimat auf der Grundlage der Entscheidung des Bundestages.

Sprachprogramm ZORJA

Zorja ist ein innovatives Sprach-Lern-Programm. Innerhalb von zehn Monaten lernen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die niedersorbische Sprache – und das in Vollzeit. Das Projekt hat es sich zur Mission gemacht, eine positive, intensive und immersive Lernumgebung zu schaffen, die tief in der Kultur und Identität der wendischen Bevölkerung verankert ist, um den nachhaltigen Erwerb fließender Sprachkompetenzen zu ermöglichen. Zehn Monate, fünf Tage pro Woche, sechs Stunden am Tag mit kultur- und projektbasiertem Lernen, Exkursionen durch die Lausitz und persönlichen Sprachmentorinnen und -mentoren. Seit September 2023 lernen 13 Interessierte Niedersorbisch. Im Herbst 2024 startet die zweite Runde mit neuen Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Zorja befindet sich in Trägerschaft der Domowina Niederlausitz Projekt gGmbH. Das Vorhaben wird durch die Stiftung für das sorbische Volk aus Mitteln des Bundesministeriums des Inneren und für Heimat aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages gefördert.



Flagge (Trikolore) der Sorben: blau/rot/weiß



Die Sicht der Jugend auf die Sorben

(Jakob Schäfer, Vizepräsident des Sorbischen Jugendvereins PAWK)

Aus Sicht der Jugend geht es den Sorben grundsätzlich gut. Die jungen Sorb*innen besuchen sorbische Oberschulen oder das Sorbische Gymnasium in Bautzen und begeben sich danach zur Ausbildung oder Studium in die größeren Städte der Umgebung, vor allem nach Leipzig, Berlin, Dresden oder Chemnitz. An allen Standtorten haben sich schon, teils über Jahrhunderte, sorbische Studentenvereine gegründet. Wie die "Sorabija Lipsk" in Leipzig, in der sich seit 1716 sorbische Studenten treffen und organisieren, "Bjarnat Krawc" in Dresden oder "Paul Nedo" in Berlin.



Sorbisches Gymnasium (1913) noch als katholisches Gvmnasium bezeichnet

Bildquelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:16436-Bautzen-1913-Katholisches Seminar-Brück %26 Sohn Kunstverlag.jpg von User Brück & Sohn Kunstverlag Meißen

In diesen pflegen die Studierenden ihre Muttersprache genauso wie Traditionen, wie das Maibaumwerfen oder Hexenbrennen. Allerdings sind die Studenten an der sorabistischen Fakultät an der Uni Leipzig ziemlich unzufrieden mit der aktuellen Situation und dem dortigen Professor. Dieser habe die Fakultät von der sorbischen Expertise abgewendet und bietet nun auch keltische Minderheitensprachen an. Weiterhin sind sie mit der Organisation des Studiums unzufrieden, das teilweise ziemlich chaotisch abläuft. Auch die Einstellungen des Professors auf privat und öffentlich geäußerte Kritik ist mehr als fraglich. Studierende, die sich über die Umstände kritisch äußern, müssen mit Benachteiligungen während des Studiums rechnen. Regelmäßig verlassen Studierende frustriert das sorabistische Institut, was sich nicht zuletzt auf den enormen Lehrermangel

auch in der sorbischen Oberlausitz negativ aus-

Auch von Schüler*innen des Sorbischen Gymnasiums in Bautzen ist Kritik zu hören. So ist die Anzahl deutscher Schüler*innen, die kein großes Interesse zeigen, Sorbisch zu lernen, in der Mehrheit.

Längst ist die offizielle Sprache im Sorbischen Gymnasium in Bautzen Deutsch, vor allem in den Pausen. Viele deutschsprachige Lehrende weigern sich, Sorbisch zu lernen. Solche Umstände wären an dem privaten dänischen Gymnasium in Flensburg undenkbar. Dort gehen Schüler*innen und deren Eltern einen Vertrag ein, dass man nur an dieser Schule lernen darf, wenn die Abschlussprüfungen auch in der Minderheitensprache abgelegt werden können. Ein ähnliches Verfahren wünschen sich die sorbischen Schüler*innen am Sorbischen Gymnasium. Sie sehen ihren Sprachraum Schule als gefährdet an.

Grundsätzlich beschäftigt die Jugendlichen die zunehmende Dominanz und Gefahr durch die Rechten. Angetrieben von der hetzerischen Sprache der AfD, laufen sorbische Jugendliche und Schüler*innen mit größerer Angst durch Bautzen. Übergriffe auf junge Sorb*innen auf Partys in ihrer Heimat durch rechtsradikale Schlägertruppen sind längst Alltag. Auch wenn die Sicherheitsbehörden informiert sind, erfahren sorbische Jugendliche im öffentlichen Raum immer mehr Beleidigungen und Provokationen. Zahlreiche Schmierereien und Graffitis, wo Sorb*innen als Scheiße oder Schweine bezeichnet werden, stärken nur das Gefühl, hier nicht willkommen zu sein. Auch auf dem Fußballplatz werden sorbische Fußballspieler bedroht und beleidigt, ihre Muttersprache wird nicht akzeptiert. Man solle doch Deutsch spre-

Allerdings sind die jungen Sorb*innen in ihren sorbischen Dörfern in der katholischen Oberlausitz (zwischen Kamenz, Bautzen und Hoyerswerda) sehr gut vernetzt und in Dorf-Jugendclubs organisiert. Auch erfahren der Sorbische Jugendverein PAWK, die sorbische katholische Jugend und sorbische Folklore Tanzgruppen

Zuwachs. Bei der Koordinierung von Angeboten und der täglichen Vereinsarbeit wünschen sich die Jugendlichen mehr Unterstützung. Relativ bunt und vielfältig ist die sorbische Musikszene, die auf diverse Genres und kreative Köpfe zurückgreifen kann.

Anders ist das Bild in der Niederlausitz, wo die Sprachquantität bei weitem nicht so gegeben ist, wie in der katholischen Oberlausitz. In Cottbus hat sich vor drei Jahren das Kollektiv "Vakuum" gegründet, das genau dieses Vakuum – fehlende Angebote für junge Niedersorb*innen in der Niederlausitz – auffüllen will.

Mit vielen künstlerischen, feministischen und queeren Projekten sprechen sie auch in der katholischen Oberlausitz viele Interessierte an und bauen Brücken zu deren kreativen, feministischen Personen und Gruppen. Diese Bewegung sehe ich als neues, wachsendes Potenzial, die niedersorbische Sprache und Kultur auf ganz unkonventionelle Art und Weise wiederzubeleben. Generell stelle ich ein wachsendes Interesse an jungen feministischen und queeren Themen in verschiedenen Bereichen fest, vor allem in der sorbischen Musik, der bildenden Kunst sowie in der Literatur.

Das Niedersorbische Gymnasium in Cottbus wiederum trägt kaum zur Sprachrevitalisierung bei, ganz im Gegensatz zum Projekt "Zorja" in der Niederlausitz. Dieses sollte auch in der Oberlausitz angeboten werden.

Grundsätzlich wünschen sich junge Sorb*innen mehr Rechte im Bereich Bildung und eine offenere Gesellschaft, in dem die vorhandenen Rechte der Jugendlichen akzeptiert und ausgelebt werden können.



1050-Jahrfeier Eilenburg – Festumzug. Bild 3 des Festumzugs "Sorben wandern ein", dargestellt vom Imkerverein Eilenburg und Umgebung e. V. und Media-Service-Gebhardt

Bildquelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Eilenburg 1050-Jahrfeier Festumzug Bild 3 Sorben wandern ein.jpg von User Joeb07



Die Europawahl – Wofür setze ich meine Stimme ein?

(Marc Germeshausen)

Die Europawahl ist eine der bedeutendsten demokratischen Veranstaltungen in Europa. Alle fünf Jahre haben Bürger*innen der Europäischen Union die Möglichkeit, ihre Vertreter*innen im Europäischen Parlament zu wählen. Diese Wahl entscheidet maßgeblich über die politische Richtung und die Zusammensetzung der EU-Institutionen.

Die Europawahl beeinflusst die europäische Politik und Gesetzgebung. Das Europäische Parlament ist ein Mitgesetzgeber und spielt eine zentrale Rolle bei der Verabschiedung von EU-Gesetzen und -Richtlinien. Die gewählten Abgeordneten vertreten die Interessen ihrer Bürger*innen und arbeiten an Themen wie Handel, Umweltschutz, Migration, Wirtschaft und vielen anderen Aspekten, die das tägliche Leben der Menschen in der EU beeinflussen.

Wer darf wählen?

Grundsätzlich haben EU-Bürger*innen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, das Recht, an der Europawahl teilzunehmen. Die genauen Regelungen können je nach Mitgliedsland variieren. Einige Länder erlauben auch die Teilnahme von EU-Bürger*innen, die im Ausland leben, während andere spezifische Residenzanforderungen haben.

In Österreich sind EU-Bürger*innen, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, wahlberechtigt für die Europawahl, sofern sie in das österreichische Wählerverzeichnis eingetragen sind. Die Wahlberechtigung erstreckt sich auch auf österreichische Staatsbürger*innen, die im Ausland leben, sowie auf Staatsbürger*innen anderer EU-Mitgliedstaaten, die ihren Hauptwohnsitz in Österreich haben.

Um an der Europawahl teilnehmen zu können, müssen sich EU-Bürger*innen, die in Österreich ihren Hauptwohnsitz haben, ins Wählerverzeichnis eintragen lassen. Dies geschieht automatisch bei der Anmeldung des Hauptwohnsitzes in Österreich. Für EU-Bürger*innen, die im Drittstaaten leben, gibt es separate Registrierungsverfahren, um ihre Wahlberechtigung sicherzustellen.

Es ist wichtig zu beachten, dass die konkreten Bestimmungen zur Wahlberechtigung und zum Wahlverfahren je nach Land variieren können. Daher sollten sich Bürger*innen, die an der Europawahl teilnehmen möchten, rechtzeitig über die geltenden Regelungen informieren.

Wie funktioniert das Wahlverfahren?

Die Europawahl folgt einem proportionalen Wahlsystem. Das bedeutet, dass die Anzahl der Sitze, die eine politische Partei im Europäischen Parlament erhält, dem Anteil der Stimmen entspricht, den sie bei der Wahl erreicht hat. Die Methode zur Verteilung der Sitze kann jedoch je nach Land unterschiedlich sein.

In Österreich folgt das Wahlverfahren für die Europawahl einem Verhältniswahlrechtssystem. Die Parteien stellen Listen von Kandidat*innen auf und die Wähler*innen haben die Möglichkeit, entweder für eine Parteiliste zu stimmen oder Vorzugsstimmen für bestimmte Kandidat*innen abzugeben. Die Sitze im Europäischen Parlament werden proportional zu den erhaltenen Stimmen auf die Parteien verteilt. Die Mandatsvergabe erfolgt entsprechend der Platzierung auf den Listen und der Anzahl der erhaltenen Vorzugsstimmen.

Wann findet die Wahl statt?

Die Wahl findet in Österreich am 9. Juni 2024 statt. Es werden 20 österreichische Mitglieder des Europäischen Parlaments gewählt. 2019 waren es noch 19. Spätestens am 31. Tag vor dem Wahltag werden die Wahlvorschläge im Internet veröffentlicht.

Das Europahaus Klagenfurt steht für Fragen zur Wahl gerne zur Verfügung. Besuchen Sie uns zu unseren Öffnungszeiten in unseren neuen Büroräumlichkeiten in der gleichnamigen Stadtvilla in Klagenfurt.



https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Umfragen zur Europawahl 2024.png von User Petruz



Wer wählt, entscheidet

(Othmar Karas)

2024 ist ein echtes Superwahljahr: Fast die Hälfte der Weltbevölkerung ist in diesem Jahr wahlberechtigt. In der EU und in den USA finden mit den Parlamentswahlen und den Präsidentenwahlen global bedeutende Richtungsentscheidungen statt.

Diese Richtungsentscheidungen kommen zu einer Zeit, wo wir ohnehin vor den größten Transformationsprozessen seit 1945 stehen das ist nicht übertrieben. Wir sind zum ersten Mal seit Jahrzehnten wieder Tag für Tag mit Kriegen konfrontiert. Wir haben eine der größten Pandemien aller Zeiten durchlebt. Wir spüren Teuerung und Zukunftsängste. Wir müssen viel mehr in unsere Wettbewerbsfähigkeit investieren und erleben gleichzeitig die Folgen von verfehlter Integration. All das führt zu einem immensen Vertrauensverlust in die Politik - und stärkt die Extreme.

Wir kennen es aus der Vergangenheit: Jenen, denen es schlecht geht, die unzufrieden sind, die das Vertrauen verloren haben, sind für die einfachen Botschaften empfänglicher.

Dabei ist jeder, der behauptet, die Herausforderungen lassen sich einfach lösen, ein Blender.

Also: Wiederholt sich die Geschichte? Frei nach Mark Twain beantworte ich die Frage mit: "Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich." Wesentlich ist, dass wir aus ihr lernen und nicht die gleichen Fehler wieder machen. Wir müssen aufmerksam bleiben und handlungsstark sein, um diese großen Herausforderungen nachhaltig anzugehen. In den nächsten Monaten wird es entscheidend sein, ihnen mit Mut und Ehrlichkeit zu begegnen. Wir dürfen als EU nicht zögern, sondern müssen handeln – sonst werden wir zwischen den Großmächten zerrieben.

Was hat das mit den Wahlen zum Europäischen Parlament am 9. Juni zu tun?

Friede, Freiheit und Demokratie sind kein Naturgesetz.

Für viele von Ihnen mag das wie eine Selbstverständlichkeit, eine Floskel klingen. Aber wir dürfen nicht den Fehler machen, zu glauben, dass unsere Demokratie, unser Zusammenhalt von jedem gelebt und gewollt ist. Die liberale Demokratie wird durch autoritäre Tendenzen herausgefordert - von außen und von innen.



Bildquelle: Europahaus Klagenfurt, Marc Germeshausen

Sie stellen Polarisierung und Inszenierung über die Suche nach gemeinsamen Lösungen. Dieser Entwicklung müssen wir uns entgegenstellen – und können wir auch!

In den letzten 25 Jahren im Europäischen Parlament bin ich viel herumgekommen – in- und außerhalb der EU. Meine Antwort auf die Frage "Was ist für Sie die EU?" hat sich über die Zeit geändert. Einige sagen: Friedensunion oder Wirtschaftsunion. Beides richtig, aber im Jahr 2000 gab sich die EU einen Leitspruch, er wurde von Schülerinnen und Schülern im Rahmen eines Wettbewerbs "erfunden" – und mir wird immer mehr bewusst, wie passend er die

Frage beantwortet: "In Vielfalt geeint."

Denn wir sind nicht alle gleich – und das ist auch gut so. Das Europäische Parlament macht Regeln für 450 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Mit unterschiedlichen Sprachen, Traditionen, Kulturen und eben Geschichten. Vergessen wir das nie.

Bei der Europawahl geht es um eine fundamentale Richtungsentscheidung: Die Bürgerinnen und Bürger bilden die Grundlage dafür, was in den nächsten 5 Jahren passiert – wenn sie wählen.

Die Mär, die EU-Wahl würde nichts bedeuten, ist wahnsinnig gefährlich. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament geht es um viel – um Wettbewerb, Wirtschaft, Arbeitsplätze, Klima, Migration. In erster Linie geht es in diesem Jahr aber um die Stärkung der liberalen Demokratie, des Zusammenhalts aller konstruktiven Kräfte in der Mitte.

Die Erfahrungen mit den Demokratiefeinden Trump, Orbán, Le Pen, Kaczyński – und in ganz anderem Ausmaß mit dem Kriegstreiber Putin – sind abschreckende Beispiele, die uns alle aufrütteln müssen. Denn sie alle eint: Sie wollen keine unabhängige und wehrhafte liberale Demokratie. Sie wollen keine selbstbewusste Europäische Union.

Hinzu kommt ein Thema, das mich im Europäischen Parlament gerade besonders beschäftigt: **Desinformation und Wahlbeeinflussung.**Wir alle wissen, was damit gemeint ist, aber unterschätzen die Auswirkungen. Aus unseren Analysen geht ganz klar hervor, dass **Fehlinformationen von autoritären Regimen zunehmend als Waffen eingesetzt werden**.

Wir haben die Berichterstattung zu elf nationalen Wahlen in Europa im Jahr 2023 untersucht. Und es zeigte sich, dass bei ALLEN untersuchten Wahlen Desinformationen über den Wahlprozess verbreitet wurden.

Zudem hat der Europäische Auswärtige Dienst

mittlerweile 33 (!) Fälle von ausländischer Einmischung bei Wahlen in den Jahren 2022 und 2023 festgestellt.

Das gibt mir stark zu denken, ich bin aber keineswegs pessimistisch: Die letzten Zahlen des Eurobarometers zeigen, dass 70 % der EU-BürgerInnen der Meinung sind, dass sich die EU auf ihr tägliches Leben auswirkt.

Dies ist ein höherer Wert als zu Beginn der Legislaturperiode.

Das bedeutet, dass die Bürgerinnen und Bürger wissen und verstehen, dass die in Brüssel und Straß-

burg getroffenen Entscheidungen von Bedeutung sind. Das bedeutet natürlich nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger mit allem voll einverstanden sind – das bin ich auch nicht.

Es steht ihnen frei, den Entscheidungen zuzustimmen oder sie abzulehnen. Aber die Anerkennung der Auswirkungen der EU auf ihr Leben ist es wahrscheinlich, was am meisten motiviert zur Wahl zu gehen.

Wählen bedeutet entscheiden. Und das ist unser primäres Ziel als Europäisches Parlament: Gehen Sie wählen! Entscheiden Sie, wie sich Europa weiterentwickelt.



Othmar Karas. Bildquelle: Europahaus Klagenfurt, Chris Georgescu







Auszug aus der Europastimme 1979 anlässlich der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament Bildquelle Christine Hofmeister

Heinz Stritzl

Zeitzeuge, Journalist und Europäer aus tiefster Überzeugung (Christine Hofmeister)

Heinz Stritzl wurde am 27. Dezember 1921 in Unzmarkt als Sohn eines Eisenbahnbeamten geboren.

Seine Wurzeln väterlicherseits reichen in die Gottschee und in das Drautal, mütterlicherseits stammt er von einer deutschsprachigen Burgenländerin ab. Seine glückliche Kindheit verbrachte er in der Obersteiermark. Ein Bubentraum von ihm war, Burgherr auf der Frauenburg Ulrichs von Liechtenstein oder des Schlosses Forchtenstein in Neumarkt/Steiermark zu sein. Beide Anlagen hatten bei ihm großen Eindruck hinterlassen.



Bildquelle: Christa Hofmeister

Nach der Matura, 1940, rückte er mit 19 Jahren als Kriegsfreiwilliger zum Gebirgsjägerregiment 136 in Wörgl (Tirol) ein.

März 1941 Im gelangte als Wehrmachtsangehöriger über Ungarn und Rumänien nach Bulgarien und Griechenland. Er wurde mit einer Ju 52 zur Eroberung nach Kreta geflogen.

Nach Abschluss dieser militärischen Operation gelangte er wieder auf das Festland und erkrankte schwer an der Ruhr und wurde mit einem Lazarettschiff von Piräus nach Saloniki transportiert. Der Weitertransport erfolgte per Bahn, dabei sah er in Jugoslawien erstmals zweisprachige Aufschriften. Skopje trug damals noch den alten türkischen Namen Üsküb.

Eine weitere militärische Station Stritzls war die Eismeerfront, danach folgte der Besuch der Kriegsschule in Wiener Neustadt. Diese schloss er mit dem Rang eines Leutnant ab und musste nach Italien einrücken. Der Apennin nördlich von Lucca und südlich von Bologna waren seine nunmehrigen Einsatzorte.

Der Rückzug der Wehrmacht aus Italien endete - unweit von Vicenza - für ihn in US-Kriegsgefangenschaft. amerikanischer wurde nach Pisa und Livorno verlegt, weil die Amerikaner nicht an ein so schnelles Kriegsende glaubten. Bereits 1942 hatte er den einzigen Bruder an der Ostfront verloren.

Im Sommer 1945 wurde Heinz Stritzl, weil er Jungvolkführer und bei der Hitler-Jugend gewesen war, in einem englischen Lager bei Graz interniert. Zu dieser Zeit verlor er seine Mutter. 1947, nach Monaten 17 Gefangenschaft, wurde er freigelassen.

Damals war er bereits verheiratet und hatte ein Kind (1945–1947). Er trat eine Stelle beim damaligen ÖVP-Organ "Steirerblatt" an, er schrieb für den Lokalteil. Das von ihm damals angestrebte Hochschulstudium der Völkerkunde war ihm verwehrt.

Nach der Wiedergründung der "Kleinen Zeitung" 1953 war Stritzl bei dieser beschäftigt. In dem Zusammenhang hatte er auch mit ehemaligen Häftlingen aus Konzentrationslagern zu tun, die nach seiner Einschätzung seine kurze Vergangenheit in der Hitler-Jugend ebenso wenig störte wie die Zugehörigkeit zur Wehrmacht.

Er selbst sah seine Handlungen im Rahmen der Wehrmacht so: "Ich bin offen zu meiner Verantwortung gestanden und habe gebüßt. Umgekehrt muss ich jetzt keine Dichtung zulassen."

Er hat diese Zeit und seiner eigenen Rolle als Offizier der deutschen Wehrmacht in dem Interviewbuch, das er gemeinsam mit dem jungen Kollegen Thomas Cik veröffentlichte, umfassend dargelegt.

Als 1954 der Druck der Ausgabe der "Kleinen Zeitung" für Kärnten, die bis dahin von Graz aus erfolgte, nach Klagenfurt verlegt wurde, übersiedelte er mit nach Kärnten. Kärnten wurde ihm zur zweiten Heimat. Er befand sich nun in einem Land, das an dem so oft und gern zitierten Schnittpunkt dreier Kulturen - der romanischen, der slawischen und deutschen - liegt. 1958 wurde er als Chefredakteur mit der Leitung der Kärnten-Ausgabe betraut und hatte diese Funktion bis zu seiner Pensionierung 1991 inne. In dieser Zeit wurde die "Kleine Zeitung" ein führendes Medium in Kärnten.

Damals lernte Stritzl die auch Volksgruppenproblematik Kärnten in unmittelbar kennen. So lange das Tito-Regime Jugoslawien herrschte, gab es Nachfolgeorganisation des Partisanenverbandes keine Kontakte. Mit dem Rat der Kärntner Slowenen hatte er jedoch enge Verbindungen, insbesondere Obmänner, Dr. Valentin Inzko (Vater des Hohen Kommissars gleichen Namens ins Sarajevo) und Dr. Reginald Vospernik. Diese kamen daher in der "Kleinen Zeitung" regelmäßig zu Wort.

Heinz Stritzl war aufgrund seines eigenen Lebensweges der festen Überzeugung, dass nur ein geeintes Europa eine Zukunft für die Menschen bieten kann.

So wurde er früh Mitglied und Förderer der Europäischen Föderalisten. Im Karl Brunner Europahaus - Schloss Forchtenstein (Neumarkt) hatten sich Menschen buchstäblich eingenistet, die den Traum von "Europa" träumten aber auch aktiv angingen und deswegen auch oft belächelt wurden.

Damals hatte Winston Churchill noch nicht seine Rede über die Notwendigkeit eines vereinten Europa in Zürich gehalten. Es war für ihn aber schon klar, dass nur ein geeinter Kontinent Katastrophen, wie die beiden Weltkriege, zukünftig verhindern kann.

Diese Einsicht sollte auch seinen journalistischen Berufsweg entscheidend bestimmen. Stritzl lernte im Schloss Forchtenstein auch Angehörige vieler Minderheiten, unter anderem der Banater Schwaben, mit Erwin Tigla an der Spitze, kennen und schätzen.

Er sah deutlich, wie Europa stetig Gestalt annahm, zunächst als Montanunion (EGKS), aus der die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) entstand, um schließlich in die Europäische Union (EU) zu münden.

Diese Entwicklung wurde im Karl Brunner Europahaus Neumarkt – Schloss Forchtenstein nicht nur mitverfolgt, in unzähligen Seminaren, Tagungen und internationalen Treffen wurden Brücken der Verständigung vom schicksalsträchtigen Isonzo über Drau und Mur bis zu den Karpaten und zum Schwarzen Meer geschlagen. Früher als anderswo kamen Vortragende und Teilnehmer nicht nur aus dem freien Westen, sondern auch aus dem noch kommunistischen Osten, bis 1989 der Bann gebrochen wurde. Und Heinz Stritzl war aktiv dabei.

Soweit es seine Möglichkeiten erlaubten, war er für Rumänien bemüht, z. B. indem er Medikamente und anderer notwendigen Bedarfsgegenstände organisierte.

Er konnte, bedingt durch Alter und Rücksichtnahme auf seine Frau, nie selbst im Banater Bergland sein, hat aber gesagt, dass er dieses aus den Erzählungen gut kenne. Er erhielt den "Alexander Tietz-Preis" und war der einzige Preisträger, der nie selbst im Banater Bergland war. Hermannstadt lernet er während der Kriegsjahre kurz kennen und war später noch zweimal dort.

Es verband ihn mit dem bekannten Schriftsteller Joachim Wittstock eine enge Brieffreundschaft. In Klagenfurt lernte er auch den jungen Stipendiaten Alexander Gerdanovits aus Temeswar kennen und schätzen. Die engste und wichtigste Verbindung zum Banater Bergland war für ihn jedoch Erwin Josef Tigla.

Heinz Stritzl setzte sich für Land und Leute ein. Er war der widerständige Journalist in einem Land mit einer jahrzehntelangen erdrückenden absoluten politischen Mehrheit.

Er war wesentlich daran beteiligt, in Kärnten den Natur- und Umweltschutz zu implementieren. So verhinderte er mit einer Kampagne die Verbauung der Nockalm.

Er nahm sich auch persönlich menschlicher Notfälle an, startete viele Hilfsaktionen, die später unter seinem Nachfolger Reinhold Dottolo in der Hilfsaktion "Kärntner in Not" resultierten. Und Heinz Stritzl vertiefte sukzessive die Regionalberichterstattung der "Kleinen Zeitung", die vor über 30 Jahren zur Gründung der mittlerweile acht Regionalausgaben führte.

Als es 1991 zur politischen Wende in Jugoslawien kam und zur Auflösung des bisherigen Staatsgebildes, wurde dies von Heinz Stritzl und anderen sehr begrüßt. Für sie war es, als wäre die europäische Vereinigung – zumindest zwischen Slowenien und Österreich – vorweggenommen. An der Ausrufung des unabhängigen Staates Slowenien 1991 nahmen die Landeshauptmänner von Kärnten, Dr. Christof Zernatto, von der Steiermark, Dr. Josef Krainer, und von Oberösterreich, Dr. Josef Ratzenböck, teil.

Die "Kleine Zeitung" mit Heinz Stritzl als Initiator organisierte damals Hilfsmaßnahmen für die Hinterbliebenen des kurzen Krieges (10 Tage) mit der jugoslawischen Volksarmee 1989. Zum Bedauern Stritzls kam es in den folgenden Jahren zu einer Abkühlung zwischen Laibach und Klagenfurt. Ursache war der immer noch schwelende und unleidige Ortstafelstreit. Er selbst gehörte schon drei Jahren der "Plattform Kärnten" an, einer Dialoggruppe, die um eine Verständigung und ehrliche Versöhnung mit den slowenischen Mitbürgern bemüht war.

Er war ein Brückenbauer bis zuletzt

Fast bis zu seinem letzten Atemzug sorgte Heinz Stritzl sich um das Friedensprojekt Europa. Seine letzte publizistische Arbeit erschien in der "Kleinen Zeitung", Mitte April 2021 – kurz vor seinem Tod. Er beklagte in einem Leserbrief die Untätigkeit Europas, das Elend der Flüchtlingskinder auf den griechischen Inseln zu lindern. Bereits zuvor hatte er viele schriftliche Plädoyers verfasst, doch endlich in europäischer Solidarität zu handeln und für die Flüchtlinge menschenwürdige Lösungen zu finden.

Am 30. Mai 2021 verstarb dieser große und doch für viele unbekannte Europäer in seinem 100. Lebensjahr. Er schlief friedlich ein. Seine Stimme war bei den Telefonaten zunehmend schwächer geworden, nicht aber sein Verstand und sein leidenschaftliches Engagement für

Menschen und sein Bestreben, Missstände und Ungerechtigkeit aufzuzeigen.

"Heinz Stritzl hat Kärnten in der Nachkriegszeit mehr geprägt als so mancher führender Politiker", so würdigte ihn vor einigen Jahren der Historiker Stefan Karner. Beide hatten gemeinsam in der "Kärntner Konsensgruppe" wertvolle Verständigungsarbeit geleistet, die den Boden für die Lösung der Problematik um die zweisprachigen Ortstafeln aufbereitet hatten.

Seine große Freude war seine Tochter Angelika, die jenes Studium absolvierte, das er gerne selbst gemacht hätte: Völkerkunde. Sie ist als Wissenschaftlerin am Ethnologischen Museum Dahlem in Berlin tätig.



Peter M. Schmidhuber überreicht die Auszeichnung Mérite Européen an Heinz Stritzl (2010) Bildquelle: Christine Hofmeister

Am 17. Juli 2010 wurde Heinz Stritzl von der Fondation du Mérite Européen Luxembourg mit dem "Merite Europeen in Bronze" ausgezeichnet.

Europa ist eine alte Idee, die Großes hervorgebracht hat. Es kommt darauf an, ihr neben der kulturellen und materiellen Bedeutung politischen Ausdruck zu verschaffen. Das heißt auch, die warnende Erfahrung mit den totalitären Verirrungen der europäischen Geschichte ernst zu nehmen und demgegenüber die europäische Idee des Friedens, der Menschenrechte und der freiheitlichen Demokratie geltend zu machen und glaubwürdig zu vertreten. Dies hat Heinz Stritzl vorgelebt.

Das Ziel ist und bleibt ein friedliches Europa.

Mein Kontakt zu Heinz Stritzl entstand 1973 über die Internationalen Minderheitenseminare im ehemaligen Karl Brunner Europahaus im steirischen Neumarkt, die als Südtirol-Seminare im Jahre 1968 begannen.

Von Anfang an war er mit dabei und stets bemüht, Artikel über die Minderheitenseminare und die Europa-Foren in Neumarkt für die Angehörigen der deutschen Volksgruppen in Ostund Südosteuropa in der "Kleinen Zeitung" und anderen Publikationen unterzubringen. Heinz Stritzl genoss in Neumarkt gerne nur Suppe, liebt Orchideen und Rosen – oftmals durfte ich mich an einem Sträußlein erfreuen.

Es war für mich eine große Ehre und Freude, den Zeitzeugen, großen Europäer und Ehrenmann Heinz Stritzl zu kennen.



Heinz Stritzl – immer sehr ernst und nachdenklich Bildquelle: Christine Hofmeister



Heinz Stritzl, Max Wratschgo, Karl Anderwald, Veronika Haring, Marjan Sturm, Erwin Tigla Bildquelle: Christine Hofmeister

Aufarbeitung der COVID-19-Krise in Europa?

(Anton Schäfer)

In ganz Europa ist die Zivilgesellschaft durch die COVID-19-Krise gespalten worden.¹ Es gibt drei große "Fraktionen":

Solche, die überzeugt sind, dass die Unionsmitgliedstaaten alles – oder fast – richtig gemacht haben mit den COVID-19-Restriktionen und solche, die der Meinung sind, dass die Unionsmitgliedstaaten alles – oder sehr viel/fast alles – falsch gemacht haben.² Daneben gibt es auch noch diejenigen, denen alles egal ist (auf sie wird im Weiteren nicht eingegangen). Ihre jeweilige Anzahl ist unbekannt. Überhaupt ist es interessant zu sehen, dass kaum Untersuchungen zu diesen Gruppen vorhanden sind, hingegen viele Schuldzuweisungen kursieren.

Wir wissen inzwischen, dass einige Maßnahmen jedenfalls unrichtig waren, wie z. B. die Kindergarten- und Schulschließungen,³ die Absonderung von alten Menschen in Pflegeheimen, die Ausgangssperren, die Verbote an Beerdigungen im Freien teilzunehmen etc.⁴

- Wir wissen inzwischen auch, dass bereits von Anfang an den Medizinern (und wohl auch den verantwortlichen Politikern) klar war, dass die COVID-19-Impfung nur sehr beschränkt gegen die Ansteckung anderer Menschen helfen konnte⁵ (wie dies bei allen Atemwegserkrankungen der Fall ist).
- Wir wussten spätestens am 13. Jänner 2021, als die Weltgesundheitsorganisation (WHO) eine Erinnerung⁶ veröffentlichte und darin festgehalten hatte, dass PCR-Test in der Regel nur Diagnosehilfen sind und die Fehlerhäufigkeit auch mit schwach positiven Ergebnissen überproportional stark steigt und daher auf PCR-Tests alleine kein Verlass war (noch viel weniger auf die Antigen-Schnelltests⁷).
- Wir wissen, dass die angebliche COVID-19-Todesrate nicht wie anfänglich von einigen prognostiziert bei 10 bis 20 % lag,⁸ sondern
 – wenn überhaupt⁹ – bei 0,3 bis maximal 1 %.¹⁰
- ¹ Die Vorsitzende des Deutschen Ethikrats, Alena Buyx, hat nunmehr 2024 die COVID-19-Krise als "größte gesellschaftliche Krise seit dem Zweiten Weltkrieg" bezeichnet.
- ² Eine repräsentative Umfrage unter mehr als 2.000 Deutschen ergab, dass die überwiegende Zahl COVID-19-Maßnahmen im Herbst 2023 ablehnte und auch COVID-19-Impfungen (https://www.t-online.de/gesundheit/krankheitensymptome/coronavirus/id 100248188/corona-umfrage-soviele-menschen-wuerden-freiwillig-wieder-eine-maske-tragen.html). Siehe auch für 2023: https://kurier.at/politik/inland/corona-impfbereitschaft-herbst-2023-grippe-fsme-skepsis-gefahr/402598127 und https://www.profil.at/oesterreich/profil-umfrage-nur-ein-viertel-sorgt-sich-vor-corona/402604322 sowie https://www.profil.at/oesterreich/profil-umfrage-nur-ein-viertel-sorgt-sich-vor-corona/402604322).
- 3 https://www.tt.com/artikel/30880892/mediziner-martinsprenger-ueber-corona-jahre-vieles-war-politischer-aktionismus
- ⁴ Beispielhaft erst im April 2024: Jonas Schmidt-Chanasit, Virologe und Berater in Hamburg: "Dass angesichts der beginnenden Pandemie im Frühjahr 2020 Entscheidungen getroffen wurden, die im Nachhinein nicht immer als angemessen bezeichnet werden können, ist verzeihlich. Unverzeihlich ist aber vieles, was nach diesem ersten Schock unter Berufung auf die Wissenschaft politisch entschieden wurde. Ich meine die lange Schließung von Kindergärten, Schulen und Universitäten und die wissenschaftlich nicht zu begründende 2G-Regelung, die zur Ausgrenzung der Ungeimpften geführt hat (https://www.t-

- online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id 100374770/politiker-ziehen-corona-bilanz-unnoetigmenschenleben-verloren-.html).
- https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/panorama/corona-impfung-wirkung-kritik-ungeimpfte-100.html und https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id 100374770/politiker-ziehen-corona-bilanz-unnoetig-menschenleben-verloren-.html
- ⁶ WHO Information Notice for IVD Users 2020/05.
- Peispiel Vorarlberg: Dort wurden um den 15. April 2021 etwa 150.000 Antigen-Tests pro Woche durchgeführt (bei rund 400.000 Einwohnern). Dabei waren 227 Ergebnisse positiv (rund 0,15 %) und von diesen bei der Überprüfung durch PCR-Tests nur noch 75 positiv. Es waren somit rund zwei Drittel aller positiven Antigen-Schnelltests bereits dem Grunde nach falsch. Sie dazu auch https://www.oe24.at/coronavirus/nicht-sinn-voll-virologin-kritisiert-freitesten/459795470
- ⁸ In Deutschland wurde im März 2020 von Experten für die erste COVID-19-Welle bis zu zehn Millionen Infizierte und möglicherweise Hunderttausende Tote prognostiziert (https://www.berliner-zeitung.de/gesundheit-oekologie/wiedie-politik-in-der-corona-krise-wissenschaftler-ignorierteli.2202280). Tatsächlich kam alles ganz anders.
- ⁹ Es wird ja nach wie vor gemäß der Weisung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) jeder COVID-19-Infizierte, der stirbt, als COVID-19-Todesfall gezählt, selbst wenn eindeutig klar ist, dass er an einem Unfall gestorben ist oder an einer ganz anderen Krankheit.
- https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1103240/umfrage/entwicklung-der-weltweiten-todesfaelle-aufgrund-descoronavirus/

- Wir wissen seit 2020, spätestens 2021, dass Kinder so gut wie nie einen schweren Verlauf bei COVID-19 haben.¹
- Wir wissen auch spätestens seit November 2021, dass es nie eine "Pandemie der Ungeimpften" gab.²
- Wir wissen bereits seit 2021, dass die überwiegende Zahl der gegen die COVID-19-Maßnahmen protestierenden Menschen nicht aus radikalen rechten Randgruppen stammte, sondern zu einem sehr großen Teil aus einer von den etablierten Parteien nicht repräsentierten politischen Mitte, die der staatlichen Politik insgesamt misstrauisch gegenübersteht.³
- Wir vermuten, wissen werden wir es erst in einigen Jahren sicher, dass die Lockdowns weitaus mehr wirtschaftlichen Schaden angerichtet haben, als sie tatsächlich für die Gesellschaft Nutzen gebracht haben.
- Wir wissen noch nicht sicher, ob das Tragen von FFP2-Masken wirklich einen Vorteil brachte.⁴ Sicher wissen wir, dass das Tragen

- von FFP2-Schutzmasken für Bartträger immer schon nutzlos war (weil die Masken nicht eng anliegen können),⁵ wie es in jeder Gebrauchsanweisung zu FFP2-Masken auch angeführt war.
- Wir wissen noch nicht, ob die staatlichen Eingriffe in die Medienfreiheit unzulässige Eingriffe waren, weil dies von der Rechtswissenschaft bis heute so gut wie gar nicht aufgearbeitet wird.⁶ Interessanterweise findet in ganz Europa auch sonst kaum eine wissenschaftliche Aufarbeitung statt.

Eine mediale Aufarbeitung alleine kann nur eingeschränkt stattfinden, weil viele Medien entweder die COVID-19-Maßnahmen über Jahre mitgetragen oder abgelehnt haben und die jeweils Andersdenkenden öffentlich – teilweise massiv – beschimpft haben.⁷

Wir erinnern uns alle noch an Bezeichnungen wie COVIDioten, Schwurbler, Aluhutträger, Staatsverweigerer, Querdenker, Coronaleugner, oder sogar Mörder etc.⁸ einerseits oder

hort study in an area of high transmission. medRxiv.

- ³ Edgar Grande, Swen Hutter, Sophia Hunger, Eylem Kanol: Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland, Berlin im März 2021 (https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2021/zz21-601.pdf).
- https://www.tt.com/artikel/30880892/mediziner-martinsprenger-ueber-corona-jahre-vieles-war-politischer-aktionismus Das Robert-Koch-Institut (RKI) war im Oktober 2020 gegen eine FFP2-Maskenpflicht: https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/rki-protokolle-corona-klagen-100.html
- ⁵ Bartträger sind etwa 400.000 Männer in Österreich (siehe auch: https://orf.at/stories/3197782/ vom 18. Jänner 2021, https://wien.orf.at/stories/3078643/ vom 2. Dezember 2020.
- ⁶ Siehe Europastimme 4-2023, S. 7 ff (http://europastimme.eu/Europastimme_04-2023.pdf).
- ⁷ Die Medienkritik führt z. B. auch im April 2020 zum Rückzug von Martin Sprenger aus der aus der CoV-Taskforce im Gesundheitsministerium, da seine kritischen Meinungen beispielsweise über die Parkschließungen beim Kanzler nicht gut ankamen. Siehe auch https://www.tt.com/artikel/30880892/mediziner-martin-sprenger-ueber-corona-jahre-vieles-war-politischer-aktionismus
- ⁸ Die "Süddeutsche Zeitung", beschrieb z. B. am 7. September 2020 die Teilnehmer von "Querdenken"-Demonstrationen als "eine Mischung aus Corona-Zweiflern, Verschwörungsideologen, Reichsbürgern und Rechtsextremen".

2020:2020.06.25.20140178.

¹ Thompson HA, Mousa A, Dighe A, Fu H, Arnedo-Pena A, Barrett P, et al. Severe Acute Respiratory Syndrome Coronavirus 2 (SARS-CoV-2) Setting-specific Transmission Rates: A Systematic Review and Meta-analysis. Clinical Infectious Diseases. 2021. Siehe auch: Madewell ZJ, Yang Y, Longini IM, Jr., Halloran ME, Dean NE. Household Transmission of SARS-CoV-2: A Systematic Review and Meta-analysis. JAMA network open. Dattner I, Goldberg Y, Katriel G, Yaari R, Gal N, Miron Y, et al. The role of children in the spread of COVID-19: Using household data from Bnei Brak, Israel, to estimate the relative susceptibility and infectivity of children. PLOS Computational Biology. 2021;17(2):e1008559. Ebenso: Park YJ, Choe YJ, Park O, Park SY, Kim Y-M, Kim J, et al. Contact Tracing during Coronavirus Disease Outbreak, South Korea, 2020. Emerging Infectious Disease journal. 2020;26(10) und Jing QL, Liu MJ, Zhang ZB, Fang LQ, Yuan J, Zhang AR, et al. Household secondary attack rate of COVID-19 and associated determinants in Guangzhou, China: a retrospective cohort study. The Lancet Infectious diseases. 2020.2020;3(12):e2031756. Ludvigsson JF. Systematic review of COVID-19 in children shows milder cases and a better prognosis than adults. Acta Paediatrica, International Journal of Paediatrics. 2020. Lou L, Zhang H, Tang B, Li M, Li Z, Cao H, et al. Clinical characteristics of COVID-19 in children and adolescents: a systematic review and meta-analysis. medRxiv. 2021:2021.03.12.21253472. Waterfield T. Watson C. Moore R. Ferris K, Tonry C, Watt A, et al. Seroprevalence of SARS-CoV-2 antibodies in children: a prospective multicentre cohort study. Archives of Disease in Childhood. 2020:archdischild-2020-320558. Zhen-Dong Y, Gao-Jun Z, Run-Ming J, Zhi-Sheng L, Zong-Qi D, Xiong X, et al. Clinical and Transmission Dynamics Characteristics of 406 Children with Coronavirus Disease 2019 in China: A Review. Journal of Infection. 2020. Bellino S, Punzo O, Rota MC, Del Manso M, Urdiales AM, Andrianou X, et al. COVID-19 Disease Severity Risk Factors for Pediatric Patients in Italy. Pediatrics. 2020:e2020009399. Fontanet A, Grant R, Tondeur L, Madec Y, Grzelak L, Cailleau I, et al. SARS-CoV-2 infection in primary schools in northern France: A retrospective co-

² Siehe z. B. für Österreich: https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/panorama/corona-impfung-wirkung-kritik-ungeimpfte-100.html und https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/pandemie-der-ungeimpften-100.html und https://www.nzz.ch/international/corona-pandemie-ungeimpfte-galten-als-weniger-intelligent-ld.1725006. Katholische Kirche: https://mobile.kath.net/news/84238

Corona-Gläubige, Impfgläubige, Impffaschisten, Verbrecher etc. andererseits.

Personen, die während der COVID-19-Krise die Meinungshoheit hatten, darunter sehr viele gewählte Politiker, hatten es sich zum öffentlich erklärten Ziel gesetzt, der Minderheit bzw. denjenigen, die sich nicht öffentlich ausrei-

chend artikulieren konnten und sich z. B. gegen das Maskentragen, die Ausgangssperren, die Kontaktbeschränkungen etwa in Altersheimen, die Kindergarten- und Schulschließungen, die COVID-19-Impfung etc. entschieden hatten, das Leben so schwer wie möglich zu machen.¹

So sollten diese Menschen dazu gebracht werden, sich normkonform – oder was die Verantwortlichen dafür hiel-

ten – zu verhalten (und sich z. B. impfen zu lassen oder Masken zu tragen oder zu Hause zu bleiben etc.).²

Dass eine solche "Strategie" der Ausgrenzung und Unterdrückung von Meinungen zum Scheitern verurteilt ist, weil sie in ihrer geringsten Auswirkung zu einer Spaltung der Gesellschaft führt, war dabei von Anfang an völlig klar – ja, auch durchaus gewollt (in Geimpfte = gut und

ger, state

Bildquelle Wikipedia: SARS-CoV-2.rot.P1067513.jpg, von User Membeth

Ungeimpften = schlecht), doch in der COVID-19-Krise fehlte bei vielen Verantwortlichen und Experten das Denken an die Zeit danach.

Diejenigen, die dennoch mäßigend ihre Stimme erhoben, wurden nicht selten postwendend öffentlich zu COVIDioten, Schwurbler, Aluhutträger, Staatsverweigerer, Querdenker etc. er-

klärt,³ wodurch die Spaltung der Gesellschaft noch weiter zunahm, weil sich kaum mehr wer getraut hat, sich öffentlich auch nur ansatzweise gegen die COVID-19-Maßnahmen auszusprechen.

Die Vorsitzende des Deutschen Ethikrats, Alena Buyx, hat teilweise recht (ihre Aussagen während der COVID-19-Krise können durchaus zwiespältig interpretiert werden), wenn sie in der "Tagesschau" am 6. April 2024 (zwar

etwas sehr spät) erklärt, dass die politische Aufarbeitung zwar durch eine Enquete-Kommission des Bundestages erfolgen könne.

Dass dies aber "viel zu wenig" sei, denn diese Enquete-Kommission des Bundestages würde nur die eigentlichen COVID-19-Maßnahmen und ihre Verhältnismäßigkeit in den Fokus rücken (wie wir dies bei der "Aufarbeitung" einiger weniger COVID-19-Maßnahmen durch die Akademie der Wissenschaft im Auftrag der

oder deinen Supermarkt besuchen, dann musst du geimpft sein!" In Österreich will Christiane Druml, die Vorsitzende der Bioethikkommission beim Bundeskanzleramt, dass COVID-19-Nichtgeimpfte einen Selbstbehalt bei Spitalsaufenthalten zahlen sollen. Dies wird von der Österreichischen Gesundheitskasse umgehend abgelehnt, dadurch würde eine weitere Entsolidarisierung der Versicherten stattfinden. Christiane Druml hatte sich am 21. April 2022 auch erneut für eine COVID-19-Zwangimpfung für einzelne Gruppen wie Gesundheitsberufe, Personen ab 60 Jahren und Risikopatienten aller Altersgruppen ausgesprochen.

² Siehe zum Ablauf der Maßnahmen: https://regio-wiki.at/wiki/Chronologie der Corona-Krise in Österreich

¹ Beispiel: Der damalige Grünen-Vorsitzende und derzeitige Wirtschaftsminister in Deutschland, Robert Habeck (GRÜNE), sagte im Sommer 2021: "Die Geimpften werden mehr Rechte haben." Im August 2021 sagte er im ZDF-Sommerinterview, es werde einen Unterschied geben zwischen Geimpften und Ungeimpften. Und zwar würden die "Geimpften, solange es die Gesellschaft und das Gesundheitssystem tragen kann, mehr Rechte haben". Im Februar 2022 noch sagte der Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, es reiche nicht, "den Ungeimpften nur auf die Nerven zu gehen". Er präzisierte: "Ich bin ein ganz klarer Befürworter einer allgemeinen Impfpflicht." Friedrich Merz meinte im November 2021: "Kein Ungeimpfter mehr im Büro, kein ungeimpfter Fußballspieler mehr auf dem Rasen, kein ungeimpfter Abgeordneter mehr im Bundestag, kein ungeimpfter Student mehr im Hörsaal." Und in einem Interview meinte Merz, man sei an einem Punkt, "an dem unser Land in Geiselhaft genommen wird von den Corona-Leugnern und den Impfgegnern". Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) forderte gar "drakonische Strafen" und "Menschen, die sich weigern, geimpft zu werden, also - sofern sie keine Erkrankung haben, die das nicht zulässt", müssten sich darüber im Klaren sein, "dass sie nicht als Minderheit die Mehrheit terrorisieren dürfen und deshalb auch mit entsprechenden Regeln konfrontiert werden". Der deutsche Ex-Bundespräsident Joachim Gauck bezeichnete Ungeimpfte als "Bekloppte". Der deutsche Bundesgesundheitsminister Jens Spahn im November 2021: "Wenn du irgendwie mehr tun willst als dein Rathaus

³ Siehe z. B. zum Philosophen Christoph Lütge, der wegen seiner Kritik an den COVID-19-Restriktionen von der Bayerischen Staatsregierung per einstimmigem Kabinettsbeschluss am 2. Februar 2021 aus dem Bayerischen Ethikrat abberufen wurde. Die Vorsitzende des Ethikrats, Susanne Breit-Keßler und Florian Herrmann (Chef der Bayerischen Staatskanzlei), Armin Nassehi (Mitglied des Ethikrats) und die damalige Leitung der Technische Universität München (TUM) begrüßten die Entlassung von Lütge nachdrücklich in der Öffentlichkeit (siehe Bayerischer Rundfunk vom 11. Februar 2021, https://www.sueddeutsche.de/muenchen/christoph-luetge-ehtikrat-bayern-eddeutsche.de/muenchen/bayern-ethikrat-corona-kritik-christoph-luetge-1.5190363).

österreichischen Bundesregierung gesehen haben¹). Die Vorstellung eines "Bürgerrat", wie ihn Politiker der Koalition in Deutschland ins Spiel gebracht haben, ist noch verwegener "daneben" noch und unzureichender.

Dort sollen lediglich ausgewählte Bürger "ihre Erlebnisse schildern und Empfehlungen für die Zukunft aussprechen".²

Wichtiger wäre es nach Alena Buyx anzuerkennen, dass es sich um die "Erfahrung einer existenziellen Krise" handle.

Ihr sei "es wichtig, wenn wir so einen Heilungsprozess haben wollen, dass man sich nicht einbildet, man macht eine Enquete-Kommission, und dann ist es irgendwie erledigt, sondern das muss man breiter ziehen".

Die Aufarbeitung muss in Europa durch die Zivilgesellschaft, die Medien und die Wissenschaft gemeinsam erfolgen.

Und es müssen bisher von den Medien und der Politik "geächtete" Personen und Wissenschaftler einbezogen werden, sonst wird es niemals dazu kommen, dass diese Aufarbeitung von der kritischen Bevölkerung als halbwegs "neutral" und "objektiv" angesehen wird.

Dass Medien sich innert kürzester Zeit daran beteiligen werden und auch entgegen ihrer bisherigen "COVID-19-Politik" schreiben werden, hat vor Kurzem die Veröffentlichung der RKI-Files³ gezeigt, in denen einige der COVID-19-Maßnahmen aus wissenschaftlicher Sicht als völlig unnötig oder überzogen bewertet wurden und dennoch von Politikern unter Beeinträchtigung der Grundrechte und Grundfreiheiten der Menschen umgesetzt wurden.

Innert kürzester Zeit haben sich einige Medien von überzeugten COVID-19-Maßnahmenbefürwortern zu Maßnahmenkritikern gewandelt.

Was auch sehr wichtig sein wird, ist die grenzüberschreitende Aufarbeitung.

Es ist aufzuzeigen, ob und inwieweit COVID-19-Maßnahmen teilweise nur deswegen und ohne wissenschaftliche Grundlage verhängt wurden, weil in anderer Staate solche Maßnahmen angeordnet wurden (z. B. Grenzschließungen, Einreiseverbote, Ausdehnung der COVID-19-Zertifikatspflicht, FFP2-Maskenpflicht etc.).⁴

Denn es müssen sich alle Verantwortlichen darüber im Klaren sein, die Spaltung der Gesellschaft in Europa und das Misstrauen in die Politik und in halbstaatlichen Einrichtungen wird nicht verschwinden, wenn hier nichts getan wird.

Es ist für den inneren Frieden in Europa dringend erforderlich, hier offen zu kommunizieren und aufzuarbeiten.

Sehr problematisch wird es für die politische Zukunft dann, wenn das eintritt, was der COVID-19-Experte Martin Sprenger 2023 schon vermutete, dass weder die finanziellen Verflechtungen noch die Korruption, die widerrechtlichen Verordnungen, die unzulässigen Grundrechtseinschränkungen, die vielen unethischen Maßnahmen oder die Angstmacherei unabhängig und transparent aufgearbeitet werden, stattdessen aber eine Politisierung und Inszenierung der Aufarbeitung der Corona-Pandemie stattfinden werde.⁵

¹ https://austriaca.at/0xc1aa5576 0x003eac20.pdf

https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/corona-aufarbeitung-ein-buergerrat-reicht-nicht-19666161.html

³ https://my.hidrive.com/share/2-hpbu3.3u#\$/

⁴ Für die Schweiz als Beispiel: https://www.baseljetzt.ch/daniel-koch-bereut-schliessung-der-altersheime-waehrend-corona/31590 und https://weltwoche.ch/daily/mister-corona-daniel-koch-gibt-zu-viele-der-massnahmen-waren-unnoetig-und-wirkungslos-man-habe-unter-dem-druck-des-auslands-gehandelt/ und https://www.blue-win.ch/de/news/schweiz/daniel-koch-verreisst-seine-eigenen-corona-empfehlungen-1955760.html und noch viele andere. Für Liechtenstein:

https://www.vaterland.li/regional/schweiz/corona-minister-berset-raeumt-ein-gewisse-massnahmen-waeren-zu-weit-gegangen-immer-mehr-kinder-werden-abgeklaert-und-kommtjetzt-die-5-tage-woche-art-544852 und für Vorarlberg (Österreich): https://vorarl-

berg.at/documents/302033/25047403/Kurzbericht+%C3%BCber+den+Vergleich+des+Pandemieverlaufes+zwischen+Vorarlberg+und+dem+Kanton+St.+Gallen-Schweiz.pdf

https://www.tt.com/artikel/30880892/mediziner-martinsprenger-ueber-corona-jahre-vieles-war-politischer-aktionismus und https://regiowiki.at/wiki/Chronologie_der_Corona-Krise_in_%C3%96sterreich

"Europäische Asylreform ist kein Durchbruch, sondern eine verpasste Chance"

(Volkshilfe Österreich)

Die Volkshilfe Österreich hat klar Stellung gegen die Asylreform der EU bezogen. Es sei dies kein Durchbruch, sondern eine verpasste Chance. Dadurch würde das individuelle Recht auf Asyl ausgehebelt und stark eingeschränkt. Erich Fenninger, Geschäftsführer der Volkshilfe Österreich betont, die "zukünftig im Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) vorgesehenen Verschärfungen des europäischen Asylrechts sind kein Durchbruch, sondern ein Kniefall vor der extremen Rechten". Die europäischen Entscheidungsträger hätten die Weichen für das Ende des individuellen Rechts auf Asyl gestellt. Mehr Schutzsuchende werden nach seiner Einschätzung sterben und die, welche überleben, werden ihres Rechts auf Schutz vor Verfolgung beraubt. Die Verantwortlichen in der Europäischen Union hätten "rein gar nichts aus Moria, den illegalen Pushbacks und Bootskatastrophen im Mittelmeer gelernt".1

Gemäß Volkshilfe Österreich seien diese Änderungen des Asylrechts auch ein Angriff auf Genfer Flüchtlingskonvention. Die "ohnehin bereits katastrophalen Bedingungen für schutzsuchende Menschen werden einzementiert. Mit den Asylverfahren unter haftähnlichen Bedingungen wird die Zermürbung von Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen zum Dauerzustand, faire Verfahren wird es nicht geben". Ganz besonders und im Speziellen kritisiert die Volkshilfe Österreich die Ausweitung des Begriffs der "sicheren Drittstaaten". Dadurch würden Tür und Tor geöffnet "für Vereinbarungen mit autokratischen Regierungen" und diese würde "Asylsuchende noch mehr Menschenrechtsverletzungen aussetzen".

Mittels der umstrittenen Krisenverordnung könnten "mit der Verhängung von Ausnahmezuständen an den EU-Außengrenzen rechtsfreie Räume mit 'Pushbacks' quasi legalisiert werden. Die individuelle Prüfung von Asylgründen, die durch die Genfer Flüchtlingskonvention allen Menschen garantiert ist", würde "dadurch noch löchriger".

Notwendig wäre nach Meinung der Volkshilfe Österreich eine echte Reform gewesen, die "das gescheiterte Dublin-System durch eine echte faire und solidarische Verteilung von schutzsuchenden Menschen auf die europäischen Mitgliedsstaaten ersetzt" hätte. "Auch eine Einigung auf eine gemeinsame europäische Seenotrettungsmission wäre ein echter Durchbruch gewesen", stellte Erich Fenninger abschließend im Positionspapier der Volkshilfe Österreich fest.

Anmerkung der Redaktion:

Zur Erinnerung, in Österreich hat die FPÖ/ÖVP-Koalition bereits vor Jahren dafür gesorgt, dass eine unabhängig finanzierte Rechtsberatung von Asylwerbenden abgeschafft wird und diese Aufgaben nun vom Innenministerium bzw. unter dessen direktem Einfluss wahrgenommen werden. Gerade von Österreich als neutralem Land und jahrzehntelangem Vermittler zwischen Ost und West hätten sicherlich viele erwartet, dass der Rechtsschutz von Schwachen und Personen ohne starke Lobby besser geschützt wird. Aber auch dies war ein "Kniefall" vor den Rechtspopulisten, zu denen leider inzwischen auch Teile der christlich-sozialen ÖVP gehören (die bei der nächsten Wahl im Herbst 2024 dafür auch die "Rechnung" präsentiert bekommen, gemäß den neuesten Umfragen siehe auch den Artikel zu Polen auf S. 28 in dieser Ausgabe).

Es ist leider ein Zeichen unserer Zeit, dass wir eine große Zahl an sehr kurzsichtigen Politikern haben, denen jedes Gefühl für die Abschätzung der Folgen ihrer Handlungen für die Zukunft fehlt (siehe auch den Artikel auf S. 23 ff in dieser Ausgabe zur bis heute nicht erfolgten Aufarbeitung der COVID-19-Krise in Europa).

Auch andere Nichtregierungs- und Hilfsorganisationen haben Warnungen und Empfehlungen ausgesprochen, die von den Verantwortlichen in der Europäischen Union wieder einmalignoriert wurden.

¹ Amnesty Internation Österreich schreibt im neuesten Jahresbericht dazu: "Der <u>neue EU-Migrationspakt</u> wird zu noch mehr Leid für Geflüchtete und Migrant*innen führen".

Polen gibt Hoffnung für Europa

(Anton Schäfer)

Nach jahrelanger Stagnation und vielen Rückschritte in Polen gibt die neue liberalkonservative polnische Regierung Hoffnung für einen neuen "Schwung" in Europa.

Durch die Änderung der politischen Verhältnisse am 15. Oktober 2023, bei der sich die Mehrheit der polnischen Gesellschaft bei den Parlamentswahlen für einen Regierungswechsel ausgesprochen hat, wird mit Donald Tusk (* 1957) nun ein überzeugter Europäer Ministerpräsident.

Sein Kabinett wurde vom Parlament mit 248 von 449 anwesenden Abgeordneten bestätigt (rund 55 %). Das ist nicht überwältigend, aber ein klarer Auftrag.

Donald Tusk war bereits langjährig polnischer Regierungschef (2007 -2014), EU-Ratspräsident

(2014–2019) und Präsident der konservativen Europäischen Volkspartei (2019–2022).

Bei der Parlamentswahl am 15. Oktober hatte die bisher regierende und Polen polarisierende Partei PiS zwar die relative Mehrheit erhalten (194 Sitze), konnte aber keinen Koalitionspartner mehr finden. Trotz Niederlage zögerten die PiS und der aus ihren Reihen stammende polnische Präsident Andrzej Duda die Übergabe der Macht solange hinaus, wie es verfassungsrechtlich möglich war.

Andrzej Duda beauftragte zuerst den bisherigen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki mit der Bildung einer neuen Regierung. Diese war jedoch nur zwei Wochen im Amt.



Donald Tusk . Bildquelle: https://www.flickr.com/photos/eppofficial/53287183894/

Durch die neue polnische Regierung von Donald Tusk werden nunmehr Impulse gesetzt und Zeichen gegen einen billigen Populismus und gegen diejenigen, die das europäische Einigungswerk in Polen - oft aus Eigennutz - in-

frage stellen.

Europa braucht ein engagiertes, starkes und einiges Polen: für die Europäische Union selbst, aber auch, um die Krisen in Europa zu bewältigen. Europa steht vor großen Herausforderungen und Polen ist dabei ein wichtiger Partner für alle Seiten.

Dass diese Änderung der politischen Verhältnisse auch die Zivilgesellschaft stark bewegt zeigt sich z. B. daran, dass ein Kino in Warschau die Parlamentssitzungen live zeigte und die Säle gut gefüllt waren sowie, dass der YouTube-Kanal des polnischen Parlaments (Sejm) mittlerweile viele SO

"Fans" wie kein anderer in Europa hat.

Auf die Regierung von Donald Tusk warten große außen- wie innenpolitische "Baustellen", die ganz erheblich von den acht Jahren politischen Rückschritts durch die PiS verursacht wurden.

Die neue Regierung muss und wird den europaweit und vom EuGH mehrfach verurteilten Justizumbau und die politische Einflussnahme rückgängig machen, die PiS-Propagandamaschine in den öffentlich-rechtlichen Medien entmachten, das Abtreibungsrecht wieder liberalisieren und vieles andere mehr.

"Jugend für Europa – Europa für die Jugend!"

(OStR. Prof. Mag. Elisabeth Dittrich)

Laut Eurobarometer denken die jungen Menschen im allgemeinen als Generation "europtimistischer" als der österreichische Gesamtdurchschnitt der Bevölkerung.

Sie fühlen sich europäisch und möchten dieses Europa mitgestalten, es zu einem noch besseren Projekt machen!

Und sie lieben es, mit ERASMUS zu reisen, neue, europäisch denkende Freund/innen kennenzulernen, sie vertrauen mehrheitlich den europäischen Institutionen und – das wird ja oft vergessen – die meisten von ihnen kennen ja nur mehr dieses geeinte Europa, in dem Ös-

terreich seit 1995 Mitglied ist. Die Zeit davor ist für sie – und bald auch für viele ihrer Lehrkräfte – nicht erlebte Geschichte! Die 16-jährigen Erstwähler/innen für die EU-Wahl 2024 bei uns sind 2008 geboren!

Und so ist es für diese jungen Menschen selbstverständlich, in diesem Europa, ihrer Heimat,

alle Chancen zu sehen, um ihre Träume zu verwirklichen! Dazu kann, so meine ich, der "Blick von außen", von den Incoming Students, wesentlich beitragen – beispielsweise von der nun österreichischen Starpianistin Donka Angatscheva, die mit 17 Jahren aus Plovdiv (Bulgarien) zum Studium nach Wien gekommen ist, um sich ihren Traum, hier Musik zu studieren, zu erfüllen – mit viel harter Arbeit, Stipendien und Jobs, wie sie erzählt, aber beseelt davon, "ihren Traum" Realität werden zu lassen. Heute baut sie als polyglotte Künstlerin in Wien kulturelle Brücken, um andere zu unterstützen. Oder die Wahlwienerin und Juristin Polina Vekova, ebenfalls aus Bulgarien, Kandidatin für die kommenden EU-Wahlen, sowie die bekannte Opern- und Konzertsängerin Zoryana Kushpler, aus Lviv (Ukraine) und der junge Musiker Miloš Avramovic aus Serbien.

"Europäische Träume" werden wahr – so auch sicherlich für die Jugend-Taskforce der AEDE-Österreich, die schon in jungen Jahren von uns Lehrkräften mit "Europa" vertraut gemacht wurde und auch Internationalität widerspiegelt: Amina mit marokkanischer Herkunft, Norbert mit polnischem, Milena mit serbischem, Erol mit türkischem und Sonja mit chinesischem Hintergrund, Arleen mit italienischen Verwandten, Lea und Jonathan aus Wien. Der Schulunterricht im Wiener Gymnasium, die zahlreichen europäische Projekte und Freund/innen, und vor allem die Studienreisen nach Brüssel, Straßburg, Luxemburg und Den Haag haben sie geprägt. Die Kontakte u. a. zu MEP Lukas Mandl, zu FBM Karoline Edtstadler

und dem früheren Leiter der Ständigen Vertretung in Wien, Botschafter Martin Selmayr, haben ihnen vermittelt, dass man auf sie zählt, sie wertschätzt, ihnen zuhört und sie aktiv werden lässt. Sie studieren heute Rechtwissenschaften, Volkswirtschaft, Internationale Betriebswirtschaft, Eventmarketing, Umwelttechnik und Musik für das Lehramt an Höheren

Schulen. Was ist ihnen gemeinsam? Ich würde meinen, eine "europäische Identität", gelebt in Wien, eine sprachliche und kulturelle Vielfalt, die es ihnen sicher leichter macht, dieses Europa emotional zu erspüren, zu erleben und damit erfolgreich mitzugestalten!

Als aktive Mitglieder unserer Organisation wissen sie um die Bedeutung der kommenden EU-Wahlen und engagieren sich, so wie die AEDE-Österreich das seit ihrer Gründung 1959 (damals bekannt als EEBÖ, als der "Europäische Erzieherbund-Sektion Österreich") getan hat, denn für uns war und ist eine verstärkte Europabildung der Schlüssel zum Erfolg! Dafür bedarf es unserer Meinung nach einer intensiven Bildung der Jugend von der Volksschule an, der Förderung der Mehr- und Vielsprachigkeit und des kulturellen Austausches, der verstärkten Kenntnis der europäischen Geschichte, der gemeinsamen Werte und der Förderung des European Citizenships.

Partner-institutionen.

Die Jugend ist bei uns am Wort, um ihre Wünsche und Ideen konkret zu benennen und öffentlich zu machen. Wir zeigen Aktionsmöglichkeiten auf, machen Studienreisen nach Brüssel,

Straßburg und Luxemburg sowie zu unseren

Wir wünschen uns eine Aufwertung der Europbildung in der Öffentlichkeit und umfassende Antworten auf die Fragen der Jugend. Junge Menschen sollen unser Europa als "work in progress" verstehen, sich aktiv daran beteiligen und Teil der Friedenserziehung sein!



Bildquelle: AEDE, Elisabeth Dittrich

Seit 2020 gibt es daher auch das "European Awareness Project" der AEDE-Österreich für mehr europapolitische Bildung an Höheren Schulen. Ziel dieses Projektes ist es, Europa im Unterricht präsenter und nachhaltiger werden zu lassen, die Grundzüge aus Geografie und Geschichte, Kultur, Sprache und Mentalität mittels der EU-Arbeitsbroschüre "Europa-einmal anders betrachtet" kennenzulernen, den Diskurs zu wichtigen europapolitischen Themen mit Expert/innen, just-in-time und für den Unterricht maßgeschneidert, mittels des "Virtuellen Clubs Europtimus" zu fördern, Studienreisen nach Brüssel und Straßburg zu veranstalten Kooperation mit den AEDE-Partnersektionen und -schulen unter Einbeziehung der Fremdsprachenkenntnisse zu stärken, also jene "European Awareness" zu

schaffen, um für das gemeinsame Europa handlungsfähig zu sein.

Die derzeit am Projekt teilnehmenden Schulen aus Wien, dem Burgenland und der Steiermark werden hier seitens der EU-Vertretung tatkräftig unterstützt, nämlich mit einer repräsentativen EU-Fahne und Plakaten zu den Werten und der Geschichte der EU für einen Infopoint im Foyer und mittels Grußbotschaften von Bundesministerin Edtstadler und Botschafter Selmayr.

Die Schulen ihrerseits verpflichten sich zur Durchführung von mindestens zwei EU-Schulprojekten pro Jahr (am 9. Mai und 10. Dezember) und zum Einsatz europäischer Themen im Unterricht in möglichst vielen Schulfächern mit abschließender Dokumentation und Evaluation.





Bildquelle: AEDE, Elisabeth Dittrich

Im zweiten Projekt der AEDE Österreich 2024 forschen die Oberstufenschüler/innen der Awarenessschulen unter "Wie viel EU steckt in ...?" im Rahmen einzelner kofinanzierter Pro-Kooperation mit den Gemeinderät/innen, in ihrem Gemeindegebiet/in ihrem Bundesland. Und danach werden sie in Multiplier Events für (mehr) Öffentlichkeitswirksamkeit sorgen! Das Siegerprojekt erhält im Herbst den "European Action Award 2024" der AEDE-Österreich in der Höhe von 1.000 Euro.

Weiters nimmt unsere AEDE-Sektion seit 2021 erfolgreich an einem spannenden ERASMUS-Kulturprojekt mit neun europäischen Partnern teil.

Um möglichst breit den "European Spirit" und das gesamteuropäische Wissen, Denken und Fühlen zu fördern, geht ein Wunsch meinerseits an unseren Herrn Bildungsminister: Bitte, empfehlen Sie dringend zwei "Thementage" für alle österreichischen Schulen, nämlich für den 9. Mai, den Europatag, und den 10. Dezember, den Tag der Menschenrechte, um

unsere europäische Identität bewusster werden zu lassen und nachhaltig zu stärken. Denn sie ist es, die uns solidarisch "in unserem Europa" daheim sein lässt!

Oder formuliert nach Stephen Green (The European Identity, 2015):, "Europa hat gemeinsame Interessen und wesentliche Werte im Lauf der Geschichte mühsam errungen, die Teil der europäischen Botschaft sind. Andere Schichten der Identität, beruhend auf Geschichte, Kultur und Sprache, werden weiter national, regional oder lokal definiert werden, und das ist auch fundamental für das Selbstverständnis der Europäer.

Die gemeinsamen Werte der Europäer sind das Erbe der Ideen, von so überragenden Persönlichkeiten wie Galileo Galilei, Erasmus, Descartes, Locke, Hume, Kant, Hegel Darwin und vielen anderen. Aus den unterschiedlichen Perspektiven und ausgehend von vielen Fehlentwicklungen die wir Europäer über Generationen gemacht haben, ist etwas grundsätzlich Bedeutendes für die Welt des 21. Jahrhunderts entstanden: eine Verpflichtung zu Rationalismus, Demokratie, individuellen Menschenrechten und Verantwortungsbewusstsein, Rechtsstaat, sozialem Mitgefühl und einem Verständnis für die Geschichte als dynamisch, offen und fortschrittlich, und all dies verdient unsere Loyalität, das ist die Basis für einen europäischen Patriotismus."

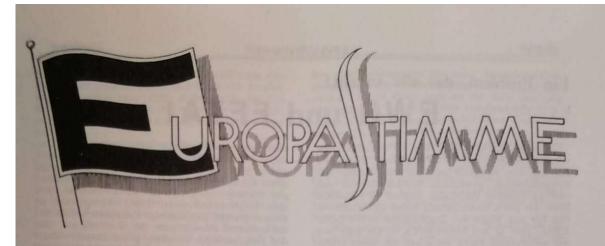
In diesem Sinne, wir haben schon viel erreicht, bewahren wir unsere Werte und gehen wir mutig und pro-aktiv in die Zukunft! Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2024 sind richtungsentscheidend für unsere demokratische Wertegemeinschaft; verabsäumen wir es nicht, diesem Europa unsere Stimme zu geben!



Bildquelle: AEDE, Elisabeth Dittrich



OStR. Prof. Mag. Elisabeth Dittrich ist Präsidentin der Association Européenne des Enseignants – Section Autriche (AEDE) und Vizepräsidentin der AEDE Europe. AEDE Österreich ist eine parteipolitisch und konfessionell ungebundene Organisation (www.aede.at). AEDE Österreich ist der österreichische Zweigverein des Europäischen Erzieherbundes, der derzeit in einigen Ländern Europas vertreten ist. Dittrich ist auch Vizepräsidentin der Europäische Bewegung Österreich (EBÖ), einer Plattform der pro-europäischen Kräfte in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in Österreich.



Organ der Union Europäischer Föderalisten (UEFÖ) und des Bundes Europäischer Jugend (BEJÖ) Österreich, Graz, Glacisstraße 5a, Telefon 32-4-82

Nummer 2

2. Jahrgang

März/April 1961

wir sind deine Kinder....

Europa, wir sind Deine Kinder, die echten, Die Dich hegen und pflegen mit schaffender Hand, Ins Haar Dir Städte wie Perlen flechten, Um den Leib Dir winden der Saaten Gewand, Dich gürten mit länderverschweißenden Schienen. Dich jährlich verjüngen und täglich Dir dienen! Die Grenzraine ebnet von Grund zu Grunde! Die Schlagbäume schleift von Reich zu Reich! Millionen verschmelzt zum Geschwisterbunde! Ein Heim Europa und ein Herd zugleich! Und mit purpurnen Früchten und goldenen Ähren Will an ihrer Tafel Europa uns nähren. Laßt tosen die Hämmer! Laßt rasen die Räder! Ans Werk denn ein jeder! Schaffet und kämpft!

(Bundespräsident Dr. Karl Renner)



Vereinsnachrichten



Europatag 2024 in Vorarlberg

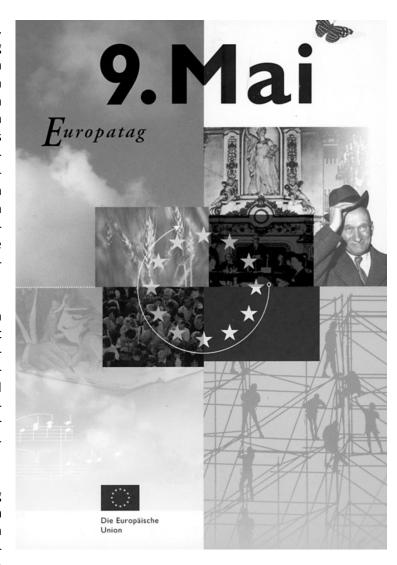
(Anton Schäfer)

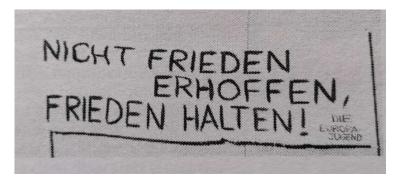
Am Samstag, den 11. Mai 2024, feiert die EuropaUnion Vorarlberg zusammen mit europe direct am Marktplatz in Dornbirn wieder den Europatag. Und zwar sowohl den Europatag der Europäischen Union als auch den Europatag des Europarates. Am 5. Mai jeden Jahres erinnern wir uns an die Gründung des Europarates 1949. Am 9. Mai der Schuman-Erklärung von 1950, die im Weiteren die Europäischen Gemeinschaften und die hervor-Europäischen Union brachte.

Wie in der Vergangenheit werden wir mit einer Standaktion präsent sein sowie mit dem "Europa-Cafe". Wir wollen mit den Menschen ins Gespräch kommen und auch für Fragen zur Verfügung stehen. Für die Kinder gibt es wieder blaue Europa-Luftballons und andere Kleinigkeiten.

Passend zur Europawahl Anfang Juni werden wir auch zu diesem Thema einen Schwerpunkt haben und den Wählern und Interessierten unabhängige und neutrale Auskünfte geben.

Und ganz besonders wollen wir an diesem Tag daran erinnern, was das europäische Einigungswerk im Kern ist und auch bleiben soll: ein Friedensprojekt, mit dem Krieg in Europa verunmöglicht werden soll (auch dann, wenn viele der Meinung sind, es handle sich nur noch um ein Wirtschaftsprojekt).







Europa-Wikipedia



In diesem Europa-Wikipedia sollen in wenigen Sätzen Begriffe erklärt und Interessantes dargestellt werden. Vorbild ist die freie gemeinnützige Internet-Enzyklopädie Wikipedia, die seit dem 15. Jänner 2001 besteht.

Europäische Sozialpolitik

Gibt es diese? Die Antwort dazu ist – wie so oft in der Europäischen Union: Jein.

Grundsätzlich ist die Sozialpolitik ein – so meinen es zumindest die Unionsmitgliedstaaten – ureigenstes Interesse derselben. Daher verhindern sie seit Jahrzehnten, dass es zu einer verstärkten Harmonisierung kommt. Von europäischer Gesetzgebung sind wir zumindest theoretisch noch weit entfernt.

Ermöglicht wird eine teilweise Harmonisierung vor allem durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Denn diese wäre das Papier nicht wert auf dem sie geschrieben steht, wenn z. B. die Ansprüche aus dem Pensionssystem und bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit nicht in allen Unionsmitgliedstaaten für alle Arbeitnehmer gewährleistet wäre, unabhängig davon, welche Staatsbürgerschaft sie haben.

Darüber hinausgehende Ansprüche mussten immer wieder durch den Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) zugunsten der Arbeitnehmer und ihrer Angehörigen festgestellt werden. So etwa, dass eine Pension aus einem Unionsmitgliedstaat auch in einem anderen bezogen werden kann. Jahrelang waren die nationalen pensionsauszahlenden Stellen der Meinung, eine Pension könne nur in dem Unionsmitgliedstaat ausbezahlt werden, in dem der Anspruch besteht. Vor Jahrzehnten ist das Gegenteil vom EuGH festgestellt worden, und plötzlich funktioniert es doch.

Ebenso ist es beim Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen. Auch hier waren viele Verantwortliche in den Unionsmitgliedstaaten der Meinung, es würde ihre Welt zusammenbrechen, wenn dies gewährleistet wäre. Der EuGH hat dies in mehreren wegweisenden Urteilen als Basis für die Arbeitnehmerfreizügigkeit

festgestellt und nun funktioniert es (mehr oder weniger).

Historisch gesehen gab es bereits in der ersten Fassung des EWG-Vertrages in Artikel 51 eine Grundlage für die Harmonisierung.¹ Damals war dieser Artikel auf Wunsch Frankreichs eingefügt worden. Die Befürchtungen Deutschlands vor einer Überlastung des eigenen Sozialsystems führten dazu, dass die Handlungsmöglichkeiten der EWG aber begrenzt blieben.

Mit dem Vertrag von Nizza wurde dann 2000 auch noch ein "Harmonisierungsverbot" (Artikel 153, Abs. 2 AEUV) eingeführt.

Die sozialpolitischen Aktivitäten hatten seit den 1970er Jahren zwar zugenommen, jedoch beendete der Einfluss der britischen Premierministerin Margaret Thatcher in den 1980er Jahren mit dem von ihr vertretenen Gedanken des Neoliberalismus diese Entwicklung und es kam zu einer weitgehenden sozialpolitischen Stagnation.

Jacques Delors² betonte in seiner Zeit als Kommissionspräsident (1985–1995) immer wieder die dringende Notwendigkeit einer gemeinsamen Sozialpolitik der Europäischen Union, konnte aber gegen die damals und bis heute herrschenden Widerstände in den Unionsmitgliedstaaten und in den Wirtschaftswissenschaften nicht viel im Hinblick auf eine "Europäische Sozialpolitik" erreichen.

Die Hauptbereiche der "Europäischen Sozialpolitik", die heute zu finden sind, betreffend daher die Arbeitssicherheit, das Soziale Arbeitsrecht, das Sozialversicherungswesen soweit es mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit verbunden ist, in geringem Maße auch die Bekämpfung von Ausgrenzungen und den sozialen Dialog.

¹ Heute Artikel 48 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), der in den letzten Änderung 2007 (Vertrag von Lissabon) insoweit "erweitert" wurde (nachdem dieser Artikel über rund 50 Jahre kaum verändert worden war), als dessen

Anwendung eingeschränkt wurde. Siehe Antonius Opilio: EUV \mid EGV \mid AEU, 2. Auflage 2008, Edition Europa Verlag (Online Volltext: https://books.google.at/books?id=i9dbURMBAUoC).

² Siehe Europastimme 63, 2024/1, S. 3 und 30 f.



Zu guter Letzt





BEKANNTMACHUNG

Im Wahlgebiet Feldbach und Umgebung, das sind die Gemeinden:
Feldbach Gniebing Gossendorf Leitersdorf Mühldorf
Oedt Perlsdorf Raabau Weißenbach

finden in der Zeit vom

24. – 26. Oktober 1959

Wahlen zum Kongreß des Europäischen Volkes (KEV) statt.

Aus der Wahlordnung:

- 1 Wahlberechtigt sind alle in den oben genannten Gemeinden zur Wahlzeit gemeldeten Personen, die am 1 1 1959 das 18. Lebensjahr vollendet haben.
- 2. Die Wahl ist geheim.
- Gewählt wird mit offiziellen Stimmzetteln, die in den Wahllokalen aufliegen.
- 4. Wahllokale und Wahlzeiten siehe unten.
- 5. Alle Wahlberechtigten sind in Wählerlisten aufgenommen.
- Diese liegen in der Wahlgeschäftsstelle (Bezirkshauptmannschaft Feldbach, Zimmer 10) öffentlich auf und können von jedermann eingesehen werden. Allfällige Ergänzungs- oder Abänderungsanträge sind dort einzubringen.
 - Berufungsinstanzgegen Entscheidungen der Wahlkommission ist die Zentrale Wahlkommission im Generalsekretariat des KEV in Paris.

Wählen ist Ehrenpflicht!

Gemeinde Leitersdorf

Wahllokal Gasthaus Höber

Wahlzeiten: Sonntag, 25., 9-14 Uhr

Für den Inhalt verantwortlich: Max Wratschgo, Feldbach, Jahnweg 5 — Druckerei Prenner, Feldbach

Von 1959 bis 1964 wurden solche "Testwahlen" in der Steiermark abgehalten.
Bildquelle: Euroastimme (Christine Hofmeister)